

Z 7625 F

K O M M U N I K A T I O N

Forum InformatikerInnen
für Frieden und
gesellschaftliche
Verantwortung e.V.

8. Jahrgang
Januar 1991
ISSN 0938-3476
Einzelpreis: 3.-- DM

Heft 1/91



Mailboxen unter Geheimdienstkontrolle

THESEN: Computer in die Ecke

BSI übernimmt 40 Stasi-Spezialisten

INHALT

EDITORIAL	3
AKTUELL	
• Umdenken und Handeln - Die FIFF-Jahrestagung in Stuttgart	3
• Neues aus Berlin	4
• ISDN - was kann ich tun?	5
• Karten-Telefon? Nein Danke!	5
• Computer in der Grundschule	6
• Drogenproblem in den USA gelöst	7
• Just in Time - CALS, das Online-Arsenal	8
• JESSI in der Diskussion	8
FIFF e.V.	
• Protokoll der FIFF-Mitgliederversammlung am 7. Oktober 1990 in Stuttgart	10
• Anleitung gegen den Frust	11
THESEN: Computer in die Ecke	13
Mailboxen unter Geheimdienstkontrolle	16
BSI übernimmt 40 Stasi-Spezialisten	19
LESEN?	
• Informatikerinnen zwischen Anpassung und Einmischung	21
• Argumente zu ISDN	23
• Informatik - mal kritisch	25
FIFF ÜBERALL	27
TERMINE	28
VIELZWECKSCHNIPSEL	29
IMPRESSUM	30
ADRESSEN	31
SCHLUSS-PF!FF	32

EDITORIAL

Seit einiger Zeit beschäftigt sich auch die Gesellschaft für Informatik (GI) wieder verstärkt mit gesellschaftlichen Auswirkungen der Informatik. Auf der letzten GI Jahrestagung in Stuttgart hielt Neill Postman, der Autor von "Wir amüsieren uns zu Tode", einer kritischen Untersuchung zum Thema Fernsehkonsum und dessen Folgen für die Gesellschaft, als eingeladener Referent einen Vortrag mit dem Titel "Informing ourselves to Death". In seinem Referat stellte er die These auf, daß eine der Hauptannahmen der Informatiker falsch sei, die Annahme vom unersättlichen Informationsbedarf der Menschheit, der nur durch einen immer intensiveren Ausbau der Informationstechnik zu befriedigen sei. Er behauptete dagegen, daß die Gesellschaft unter zuviel Information leide und darüberhinaus die wirklichen Bedürfnisse der Gesellschaft den InformatikerInnen weitgehend fremd seien. Was war nun die Reaktion der versammelten Informatiker-schar? War es ein Aufschrei der Entrüstung über dergleichen Unterstellungen, ein Hagel von Gegenargumenten in der nachfolgenden Diskussion? Nein, die Reaktion war eine "standing ovation" für den Mann, der gerade das Fachgebiet der weitgehenden Ignoranz geziehen hatte. Ein weiteres Beispiel für die bestehende Schizophrenie unter InformatikerInnen, die zwischen eigener Technikbegeisterung und Glauben an positive Aspekte eigenen Tuns und dem Wissen um die Fragwürdigkeit des gesellschaftlichen Nutzens der Informatik und den teilweise fatalen Auswirkungen ihrer Anwendungen hin und hergerissen sind.

Bei der Vorbereitung der Jahrestagung des FIFF in Stuttgart hatten sich die Organisatoren, nach durchaus kontroversen Diskussionen auch auf der Vorstandsklausur im vergangenen Frühjahr, dafür entschieden, Industrie-Unternehmen anzuschreiben mit der Frage, ob sie bereit wären, die Jahrestagung zu

unterstützen. Die Ergebnisse dieser Aktion sollten auf der Jahrestagung thematisiert werden. Das Ergebnis war, daß es weder eine Unterstützung noch überhaupt eine Antwort von Seiten der Industrie gegeben hat. Nur eine Reaktion ist uns bekannt geworden, daß nämlich die MBB Geschäftsführung sich an den eigenen Betriebsrat gewandt hat mit der Bitte um einen Tip, wie sie mit dem Brief denn nun am besten zu verfahren hätte.

Es gibt also auf der einen Seite durchaus Bewußtsein für die Gefahren und Probleme der Informatik in den Köpfen der Informatiker und der Manager, auf der anderen Seite gibt es jedoch geringe Bereitschaft, sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen und etwas zur Aufklärung oder vielleicht sogar zum Abbau der beschriebenen Schizophrenie zu tun.

Vielleicht liegt darin auch ein Grund, warum sich immer noch relativ wenig InformatikerInnen für das FIFF engagieren. Die Mitgliederzahl wächst im krassen Gegensatz zur Anzahl der InformatikerInnen sehr sehr langsam, die Bereitschaft, sich aktiv zu beteiligen, ist in der Relation zu den anstehenden Problemen noch viel zu gering. Das spüren auch wir von der Redaktion der FIFF KOMMUNIKATION, wahrscheinlich merkt man/frau es dem Blatt auch an, daß die Flut der eingesandten Beiträge uns keineswegs überrollt. Zusammen mit dem Vorstand werden wir uns deshalb auf einige Schwerpunkte konzentrieren und uns dazu um entsprechende Beiträge gezielt bemühen. Die Schwerpunkte sollen Datenschutz, militärische Informatik und die Umweltproblematik im Zusammenhang mit der Chip-Herstellung und der Hardwareentsorgung sein. Außerdem werden wir weiterhin zu gerade aktuellen Themen Material sammeln und geeignete Autoren suchen, die daraus Artikel machen wollen. Als Koordinationsstelle soll das FIFF-Büro in Bonn dienen.

(Fritz Obermaier)

AKTUELL

Umdenken und Handeln - Die FIFF-Jahrestagung in Stuttgart

Müllberge, Umweltinformatik und Europa

Blinder Aktionismus kann InformatikerInnen nur selten vorgeworfen werden. Auch wenn - wie jüngst im Stuttgarter Gewerkschaftshaus - eine in aseptisch weiße Kleidung gehüllte Person mit Mundschutz durch Müllhalden der Computerbranche stapft, ein Blick auf den Handzettel, den sie verteilt, lohnt sich. Eine von acht Arbeitsgruppen der FIFF-Jahrestagung (5. bis 7. Oktober 1990) machte solcherart auf das Thema Umweltinformatik aufmerksam. Zwar haben schon ganze Kongresse zu dieser Thematik stattgefunden, doch hatte das FIFF, seine erste gesamtdeutsche Tagung unter das Motto "Umdenken und Handeln" gestellt.

Umdenken in der Umweltinformatik heißt aber, Abschied zu nehmen vom Bild des Computers als "saubere Technologie" und auch seine Erfolge für die Umwelt kritisch zu hinterfragen. Große Probleme haben zum Beispiel die amerikanischen Chip-Produzenten mit den Umweltbestimmungen in den USA. Die Diskussion in der Arbeitsgruppe spitzte sich allerdings zu an der Frage: "Sind die computer-gestützten Umweltmodelle und -simulationen nicht auch Instrumente zur Manifestierung herrschender Umweltpolitik?". Statt voreiliger Antworten will die Münchner FIFF-Arbeitsgruppe Computer und Umwelt jetzt Bewertungskriterien formulieren, die der Umweltinfor-

matik eine Rechenschaft abverlangen.

Probleme mit dem "Handeln" ergaben sich beim auf 1992 gerichteten Thema "Grundrechte - ein Handelshemmnis? Was bringt die EG?". Aus der Vielfalt EG-weiter Informationssysteme wurden exemplarisch der Sozial- und der Polizeibereich ausgewählt. Schon zum Abschluß des Schengen-Vertrags hatte der FIFF-Vorstand Stellung genommen und generell gefordert, daß sich EG-weite Harmonisierung des Datenschutzes an der jeweils weitestgehenden nationalen Regelung zu orientieren habe. In der Arbeitsgruppe der Tagung wurde nun der brandneue Datenschutzrichtlinien-Entwurf der EG-Kommission unter die Lupe genommen. Ergebnis: Trotz der Erfahrungen mit einem der ersten Datenschutzgesetze und mit den Stasi-Akten vertreten die Deutschen in der EG keineswegs die fortschrittlichen Positionen. Ein Grund mehr für den ständigen Arbeitskreis "FIFF in Europa", zusammen mit ähnlichen europäischen Gruppen nach Gestaltungsmöglichkeiten für die Informations- und Kommunikationstechnologien in Europa zu suchen.

Auf der Tagung wurde außerdem versucht, über demokratische Einwirkung der Betroffenen auf Entscheidungen zu reflektieren. Es blieb aber beim Versuch, denn ob mehr konkret erörtert wurde, wie bei der "partizipativen Softwareentwicklung", oder grundlegender das Modell der Wuppertaler Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren vorgestellt wurde - die Diskussion innerhalb der Tagungsgruppen fand ohne die "Partizipierenden" statt.

Erfolgreicher war der Gedankenaustausch zwischen den einhundert TagungsteilnehmerInnen aus dem Westen der Republik und den fünf Gästen aus der ehemaligen DDR. Im Einführungsreferat von Prof. Fuchs-Kittowski (Humboldt-Universität) und im neunköpfigen Gesprächskreis wurde die Situation der Wissenschaften und speziell die der Informatik im Osten der neuen BRD analysiert. Nach Aussagen des Vorstandsmitglieds Helga Genrich

kann das FIFF zwar "viel mehr tun" für die Zusammenarbeit, etwa über Seminare, Trainings- und Informationsmaterialien, es will allerdings "absolut keine Kolonialisierung" betreiben.

Vor jeder Art der "Kolonialisierung" schützt das Forum im wesentlichen die Regionalgruppen-Struktur. So hatte FIFF-Stuttgart die Tagung ausgerichtet und eine Arbeitsgruppe zur Baden-Württembergischen Akademie für Technikfolgenabschätzung vorbereitet. Die Bonner FIFF-Mitglieder schließlich widmeten eine Arbeitsgruppe dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). An diesem Punkt fand das FIFF zu seinen Ursprüngen als Teil der Friedensbewegung zurück: "Der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg, sich bei der Errichtung des BSI an den Interessen von Polizei, Geheimdiensten und Militärs zu orientieren, führt zu einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft."

Öffentlichkeit und Politik sollen auf solche Gefahren aufmerksam gemacht werden, damit sie in einem Atemzug mit den Vorteilen der Informationstechnologien genannt werden. "Das FIFF", so der neue Vorsitzende Dr. Hellmut Weber, München, "wird in der Zukunft seine Öffentlichkeitsarbeit verbessern."

(Heinz Alenfelder)

Alternatives Computernetz

In der Süddeutschen Zeitung vom 25. Oktober 1990 fand sich eine kurze Notiz über den Zusammenschluß von über fünfzig deutschsprachigen Mailboxen im Umwelt- und Politikbereich. Die Anbindung an weltweite Computernetze erfolgt über das Londoner GreenNet an die Association of Progressive Communication (APC). Auskünfte sind über die Telefonnummer (089) 4309859 der Münchner Link-M-Computer zu bekommen.

Neues aus Berlin

Nach Öffnung der Mauer bietet Berlin mit seiner Lage mitten im Gebiet der ehemaligen DDR viele Anknüpfungspunkte für gemeinsame Aktivitäten. Im Juni dieses Jahres gab es ein erstes Treffen in Ost-Berlin zum Zwecke der Gründung einer Ost-Berliner FIFF-Gruppe. Jan Grabowski und Irina Piens bereiteten das Treffen vor und verteilten die Einladungen in Ost-Berlin und der DDR. Informatiker aus Ost und West trafen sich dann am 25. Juni im Alten Palais in der Nähe der Humboldt-Universität. Helga Genrich und Hubert Biskup berichteten über die Entstehung von FIFF und die Arbeit in den Regionalgruppen. Ein weiteres Treffen wurde für den September vereinbart.

Am 19. September fand dann das zweite Treffen statt, diesmal bereits auf vereintem Währungsgebiet. Die rasante Entwicklung in der DDR ließ viele Probleme erkennen, die auf die Informatiker auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zukommen würden. Das wichtige Thema Datenschutz war ein bisher völlig vernachlässigtes Thema. Datenschutz im Sinne des bundesdeutschen Verständnisses spielte für die Administration der ehemaligen DDR nur eine untergeordnete Rolle. Probleme, wie z.B. nach bundesdeutschem Recht verbotene Datensammlungen, kommen zusammen mit Problemen der Integration der Verwaltung beider Staaten, etwa weil die DDR-Verwaltung auf die Vergabe von Personenkennziffern an alle Bürger gestützt ist.

Zusammen mit der GI-ACM-Regionalgruppe Berlin wurde zu einer Veranstaltung am 14. November in der Humboldt-Universität eingeladen. Im gut gefüllten Hörsaal stellten der Berliner Datenschutzbeauftragte Dr. Hansjürgen Garstka und Professor Dr. Bernd Lutterbeck von der TU Berlin in Kurzvorträgen die Situation und die einschlägigen Vorschriften vor. Im Anschluß daran gab es Gelegenheit zur Dis-

kussion, die rege genutzt wurde, um Fragen an die Referenten zu richten.

(Die FIFF-Kontaktadresse an der Humboldt-Universität in Berlin steht unter **ADRESSEN**.)

ISDN - was kann ich tun?

Der Widerstand gegen das ISDN-System orientiert sich - Stichwort "Kommunikationszählung" - vor allem am Problem des mangelhaften Datenschutzes bei der Speicherung der Vermittlungsdaten. Das IKÖ hat dazu Ende letzten Jahres bereits eine Musterklage eingereicht.

Diese Betrachtung des Problems ist nicht unumstritten. So kritisierte etwa die "taz" dies als letztlich akzeptanzfördernde Maßnahme, weil ISDN nicht verhindert, sondern nur datenschutzmäßig in geringerem Umfang verbessert würde.

Orientiert man sich dagegen am Grund für die auch vom Bundesdatenschutzbeauftragten beanstandete Speicherung von Kommunikationsdaten, ergeben sich auch weitere Alternativen. Wie in einem Artikel von Jeff Johnson im CPSR-Newsletter 1/2 1990 dargelegt (siehe dazu die Zusammenfassung im letzten Heft), liegt der Sinn zunächst der Weiterleitung der AnruferInnen-Nummer und letztlich die vollständige Identifizierbarkeit von TelefonteilnehmerInnen durch die individuelle Telefonkarte und damit das Interesse an einem Ausbau der technischen Mittel zur Datensammelerei klar in den kommerziellen Interessen von Firmen, die stark mit dem Mittel Telefon arbeiten.

Firmen sehen den Nutzen aus dem Wissen um die Nummer von AnruferInnen zum einen in der Optimierung ihrer Telefonkommunikation - z. B. die selektive Anrufbehandlung in Abhängigkeit von der anrufenden Telefonnummer - zum anderen aber in der kostenlosen Belieferung mit KundInnen Daten für Marketingzwecke. Die wenigsten privaten

PostkundInnen werden dagegen die Kosten für Geräte aufwenden, die einen vergleichbaren Nutzen aus der Nummer von AnruferInnen ziehen können. Für diese KundInnen wird die AnruferInnen-Nummer nicht viel mehr als ein weiteres technisches Spielzeug sein, das trotzdem der Industrie einen neuen und lukrativen Markt verspricht. Derartige Wünsche kommerzieller Postkunden - und nicht die Wünsche der Mehrheit privater KundInnen - haben die Entwicklung des ISDN-Systems mit seinen jetzigen Funktionen und seinen Datenschutz-Mängeln entscheidend geprägt.

Neben der Debatte über den Datenschutz bei der Erfassung der Vermittlungsdaten besteht eine andere Möglichkeit, ISDN für diese kommerziellen Postkunden unattraktiv zu machen, in der Unterdrückung der Weiterleitung der eigenen Rufnummer. Diese Weiterleitung wirft weitere erhebliche Datenschutzprobleme auf: niemand kann sicher sein, was mit der eigenen Nummer am anderen Ende der Leitung geschieht, ob sie gespeichert und an wen dies übermittelt wird; bei Ferngesprächen läuft der Datenschutz vollends ins Leere. Nur die Unterdrückung der Weiterleitung

Karten-Telefon? Nein Danke!

Es ist eine Unverschämtheit, wie die Post versucht, uns zum Telefonieren mit Karten zu zwingen. Ohne Rücksicht auf die tatsächliche Verbreitung von Telefonkarten werden immer mehr Münztelefone durch Kartentelefone ersetzt. Wo mehrere Telefonzellen stehen, wird die Hälfte in Kartentelefone umgewandelt; (...) Weil Warteschlangen an besetzten Münztelefonen entstehen, während Kartentelefone frei bleiben, werden die Leute gezwungen, sich "freiwillig" Telefonkarten zu kaufen.

Wir sind gegen die Einführung von Kartentelefonen. Beim Telefonieren mit Telekarten werden Name bzw. andere personenbezogene Daten automatisch gelesen und per Telefonleitung an einen Post-Computer übermittelt. Angerufene Nummer, Ort und Zeit sowie die anfallenden Gebühren können so zusammen mit dem Namen des Anrufenden registriert werden. D.h. es kann herausgefunden werden, wer an welchem Tag, zu welcher Uhrzeit, von welcher Telefonzelle aus, mit wem gesprochen hat.

Zur Zeit gib es noch sogenannte Chipkarten zu kaufen. Auf diesen Dingen sind lediglich Telefon-Einheiten gespeichert, die abtelefoniert werden bis die Karte "leer" ist. Das ist aber nur ein Zwischenschritt zum langsamen Eingewöhnen. Inzwischen hat die Post bereits mit der Einführung der "Telekarte" begonnen. Sollte es der Post gelingen, alle Münzfernsprecher abzuschießen und nur noch Kartentelefone aufzustellen, dann braucht sie nur noch den Chipkartenverkauf zu beenden, und der Zwang zur Telekarte ist perfekt.

Nicht nur Telefonkarten nerven uns. Am Arbeitsplatz werden "Komm- und Gehzeiten" mit Karten erfaßt. Es gibt Karten für "Zugangskontrollsysteme", da werden Karten zu Türöffnern; dabei kann ein Computer speichern, wer wann, welche Tür geöffnet hat. Maschinenlesbare Personalausweise und Reisepässe erlauben die computerisierte Massenkontrolle durch die Polizei. (...)

Uns wird bewußt, daß durch die Ausbreitung computerlesbarer Karten immer mehr Daten über das alltägliche Verhalten von Menschen erfaßt werden. Diese Daten können zur Überwachung, Kontrolle und Beeinflussung von Menschen mißbraucht werden. Und nun auch noch eine Art Personalkennkarte zum Telefonieren? Nein Danke!

Deshalb: Bitte Münzfernsprecher benutzen! (...)

(Aus einem Flugblatt der "Bundesweiten Initiative gegen die Computerisierung des Telefonnetzes")

bietet privaten PostkundInnen im ISDN-Netz noch die Möglichkeit, die Kontrolle über die eigenen Telefonanschluß-Daten zu behalten.

Die Weiterleitung, die die Post auch für die analogen Anschlüsse für dieses Jahr geplant hat, läßt sich nicht selektiv, sondern nur generell unterbinden. Möglich ist dies mit einem einfachen Antrag auf Unterdrückung der Weiterleitung nach §105 Abs. 2 Telekommunikationsordnung (TKO) beim zuständigen Postamt. Damit ist das Problem der zentralen Kommunikationsdatenerfassung nicht aus der Welt, aber wenigstens das der ungewollten Sammlung von Telefondaten durch interessierte Unternehmen. Wenn kommerzielle Interessen ISDN geformt haben, ist dieser Antrag ein Mittel dagegen.

Computer in der Grundschule

Zum Thema Computer im Schulunterricht schrieb Karlhorst Klotz am 28. Juni in der SZ über eine entsprechende Fachtagung in Hagen und über eine Untersuchung "Computer im Grundschulunterricht".

Nach einer Einführung in die Problematik erläutert Klotz die Kritik an einschlägiger "Lern - Software" durch Aussagen zweier Informatiker: "Einer der Pioniere auf dem Gebiet des computerunterstützten Lernens warnte kürzlich auf einer internationalen Fachtagung in Hagen: Jürg Nievergelt von der ETH Zürich warf seinen Kollegen vor, den Computer zu leichtfertig als

Lösung anzubieten, ohne die pädagogischen Probleme zu kennen. Die Hoffnung, daß der Computer sich als besonders geeignet erweise, menschliches Lernen zu beeinflussen, erscheint Nievergelt heute kaum realistischer als zu Beginn der Forschungsarbeiten auf diesen Gebieten vor gut 30 Jahren." (...) "Nievergelts Kollege Masoud Yazdani ... wies darauf hin, daß die einschlägigen Computerprogramme oft zu ignorieren scheinen, daß ihre "Schüler" keineswegs dumm sind."

Sinnvollere Anwendungen als reine Paukprogramme wären nach Nievergelt da zu finden, wo der Computer als Laboratorium eingesetzt wird, "in dem relativ mühelose und spannende Entdeckungsreisen in unterschiedliche Wissensgebiete möglich sind" oder wo "der Computer Abläufe darstellen und beim Ausprobieren Hilfestellung geben" kann.

Der "Große Bruder" von der Steuer

Der US-Bundesstaat Oklahoma ist auf dem Weg der totalen Erfassung aller seiner BürgerInnen einen bedeutenden Schritt vorangekommen. Zum Beginn dieses Jahres trat ein Gesetz in Kraft, das allen BürgerInnen vorschreibt, jeglichen Besitz - und zwar wirklich alles - und dessen Wert der Steuerbehörde anzugeben. Die Richtigkeit dieser Angaben sollen durch vor-Ort-Kontrollen mindestens alle vier Jahre überprüft werden. Die Frage, wer da nicht alle Tassen im Schrank hat, bleibt dabei jedoch ungeklärt.



"Ich hoffe wir kriegen noch ein paar Computer, damit wir auch längere Wörter lernen können"

Als eine der wichtigsten Aussagen aus den kürzlich publizierten Fallstudien an vier Hagener Grundschulen (Hartmut Witzlaff, Karl A. Wiederhold: Computer im Grundschulunterricht, McGraw-Hill Verlag 1990) erscheint die eines der beteiligten Klassenlehrer "Bernd Uhlemann, daß erst Kinder mit ausreichenden Fähigkeiten in Schrift und Sprache mit dem Computer in Berührung kommen sollten, also frühestens vom 3. Schuljahr an. Wie sich in einigen Klassen zeigte, bekommen einige Kinder durch Textverarbeitungsprogramme viel Spaß am Formulieren, weil neue Ideen sich nicht in häßlichen Korrekturen im Heft niederschlagen." "Die im Handel erhältliche deutschsprachige Lern-Software hat beträchtliche inhaltliche und pädagogische Schwächen."

Drogenproblem in den USA gelöst

Einfach mehr Militärelektronik!

Die Drogenbekämpfung durch das US-Militär, vom Pentagon zunächst nur widerwillig als Ersatz für andere Konfliktfelder geduldet, entwickelt sich zu einem willkommenen Übungsfeld der Militärs und natürlich zu einem lukrativen neuen Markt für die US-Rüstungsindustrie.

Die Bilder aus den Innenstädten der USA, denen die jüngste Drogenwelle - neben den Kürzungen in der Unterstützung etwa bei Bauvorhaben durch Bundesbehörden - den Rest gegeben hat, könnten natürlich den Verdacht aufkommen lassen, daß das Drogenproblem in den USA vor allem soziale Gründe hat. Eine bessere Ausbildung, mehr Arbeit und andere Schritte zur Verbesserung der Zukunftsperspektiven von Jugendlichen, denen der Drogenhandel die einzige Möglichkeit bietet, zu Geld zu kommen und denen der Drogenkonsum der letzte

Fluchtweg aus der Realität ist, könnten Vorschläge im "Kampf den Drogen"-Feldzug, den die USA eingeläutet haben, sein.

Doch das ist nicht Sinn und Zweck des 10,6 Milliarden Dollar teuren Anti-Drogen-Programms der Bush-Administration, von dem ein großer Teil an die Strafverfolgungsbehörden fließt. Der Hauptzweck des sogenannten Drug-Interdiction-Programms liegt in der Unterdrückung des Drogennachschubs. Damit ist das Problem aus der Innenpolitik elegant in die Außen- und Militärpolitik verlagert. Dazu sollen alle Strafverfolgungsbehörden mit den Geheimdiensten und vor allem mit dem Militär besser zusammenarbeiten. Für Wohn-, Ausbildungs- und Arbeitsprogramme zusammen wird dagegen in den nächsten Jahren weniger Geld ausgegeben als für den Anteil des Verteidigungsministeriums an diesem Programm allein.

Die Drogen-Nachschubwege abzuschneiden erfordert die Zusammenarbeit von Zoll, Drogenfahndung, Küstenwache, US-Navy und Air Force zur Beobachtung und zum Abfangen von Schmugglerschiffen und -flugzeugen. Das Militär bietet dazu Kriegsschiffe und -flugzeuge und vor allem die neueste Überwachungs- und Kommunikationstechnologie. Der größte Gewinn soll jedoch von der Verbesserung der "Interoperabilität" der verschiedenen beteiligten Behörden ausgehen, das heißt: die Verbesserung des Datenaustauschs zwischen Militär, Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden. In einem speziellen C3I-Report des Pentagon sind die dazu zu ergreifenden Maßnahmen festgehalten, 56 Millionen Dollar sind für die Entwicklung eines eigenen Anti-Drogen-Networks ADNET vorgesehen.

Sehr viel weiter geht der im letzten Jahr vorgestellte Bericht des Unterstaatssekretärs des Verteidigungsministeriums für Beschaffung, über den Military Technology im Heft 11/90 berichtete. Darin werden die Forschungsziele für die Beschaffung von Pentagon, FBI, Drug Enforcement Agency (DEA), Zoll und anderen Behörden im Anti-Drogen-

Kampf definiert. Militär, Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden benötigen für diesen Kampf nach diesem Papier:

- "Intelligente Workstations, sowie Datenfusion und Integration von Informationssystemen" der beteiligten Behörden mit dem Ziel, "diverse Strafverfolgungs-, Industrie- und öffentliche Datenbanken" zu integrieren und zu analysieren, um Rasterprofile beim Drogenschmuggel zu erhalten;
- "Physische Überwachung, Abstandssensoren zum Eindringen und zur Positionsbestimmung" mit dem Ziel, das gesamte Spektrum der Überwachungssensorik so weit wie möglich weiterzuentwickeln;
- "Verdeckte Verfolgungsgeräte", eine "Anforderung mit 'weltweiter' Natur", die zu Lande, zu Wasser und aus dem Weltall "eine hochgenaue kontinuierliche Verfolgung von Subjekten, Fahrzeugen und Packungen in Echt-Zeit erlauben mit einer Genauigkeit von 500 Fuß in städtischen Gegenden";
- "Verdeckte Audio/Video Aufzeichnungs- und Kommunikationsgeräte". Um Operationen im Anti-Drogen-Kampf zwecks Beweissicherung zu überwachen sowie die Kommunikation von Verdächtigten besser kontrollieren zu können, sollen Techniken entwickelt werden, um draht- und funkgestützte Sprach- und Datenkommunikation besser abhören und die gewonnenen Erkenntnisse mit Hilfe von Computern besser aufbereiten und verarbeiten zu können;
- "Verifikationssysteme", d.h. Computersysteme, die zum Abgleich der Paßbilder von möglicherweise gefälschten Pässen mit Bilddaten eines zentralen Registers dienen, aber auch leistungsfähige digitale Fingerabdruck- und Retina-Identifikationssysteme;
- "Modellierung": Simulationssysteme zur Optimierung der Arbeit im Anti-Drogen-Kampf "sind derzeit in Entwicklung".

Diese vom Militär vorangetriebenen Entwicklungen zur Verbesserung elektronischer, computer-gestützter Überwachungs- und Kontrollsysteme bringen in verschiedener Hinsicht eine neue Qualität in die Potentiale staatlicher Überwachung. Hier wachsen nicht nur Militär, Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden zu einem Kommunikations- und Informationssystem zusammen, hier wird auch - frei von rechtsstaatlichen Beschränkungen - weiter an einem mit den nationalen Behörden gekoppelten globalen Überwachungsnetz geknüpft. Partizipieren werden an den gesammelten Informationen nicht nur die US-Behörden. Durch internationale Polizei- und nun auch Militär-Kooperationen sollen Daten aus dem Anti-Drogen-Kampf den Weg überallhin finden. Ob es dann bei diesem Gegner bleibt, ist fraglich.

Just in Time - CALS, das Online-Arsenal

Bald wächst auch beim von General Eisenhower so treffend genannten "Militärisch-industriellen Komplex" zusammen, was zusammengehört: Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) bereitet konkrete Schritte vor, auch hiezulande "Richtlinien für die Implementierung des Programms für rechnergestützte Beschaffung und Logistik" zu erlassen und umzusetzen.

Hinter diesem Titel verbirgt sich nichts weniger als die totale Vernetzung der Bundeswehrbeschaffungsstellen mit ihren Kooperationspartnern aus der Industrie. Damit trägt das BWB Entwicklungen Rechnung, die in den USA seit 1988 unter dem Namen CALS (Computer-aided Acquisition and Logistic Support) vorangetrieben werden. Dort ist das Department of Defense (DoD) dabei, den gesamten Werdegang von Waffen- und anderen militärischen

Systemen von der Konstruktion über die Fertigung bis zum Nachschub digital zu verarbeiten und alle daran Beteiligten zu vernetzen. CAD-Systeme und Datenbanken für Konstruktion und Speicherung von Waffensystemdaten werden ebenso standardisiert wie die Erarbeitung von Handbüchern. Die Richtlinien gehen über Militärnormen und Datenelementbeschreibungen bis zu Inhalt und Format der Daten. Ziel ist die Nutzung einer integrierten Waffensystemdatenbank mit dem Namen Integrated Weapon System Data Base (IWSDB) durch Industrie und DoD.

Wer dabei nicht bereit ist, sich dem Beschaffungssystem unter CALS anzupassen, soll keine Aufträge mehr vom DoD erhalten. Um nicht aus dem US-Markt herauszufallen, beschäftigt sich MBB bereits mit dem System. In der Bundesrepublik wird CALS noch etwas auf sich warten lassen, doch ist im Zuge des offenen inner-europäischen Rüstungsmarktes '92 fest damit zu rechnen, daß CALS europaweite Norm wird.

Verwunderlich bleibt, wie CALS als umfassende Rüstungs-Datenbank gegen die vielbeschworene Spionage geschützt werden soll. CALS dürfte die bisherigen Spionageformen vor Ort durch geruh-same Spionagearbeit vom eigenen Schreibtisch aus ersetzen helfen - dies immerhin ein recht ArbeitnehmerInnenfreundlicher Aspekt.

Zu fragen bleibt nur, ob mit CALS die Rüstungsindustrie in das staatliche Beschaffungswesen eingegliedert wird, oder, ob nicht der umgekehrte Fall zutreffender ist. Mit CALS entsteht jedenfalls das Just-in-Time-Produktionssystem im Wehrbereich. Von der Planung bis zum Nachschub für das fertige Rüstungsprodukt kann alles online erledigt werden. Die Informationstechnik schafft so ein geschlossenes System der Rüstungswirtschaft, das von außen noch schwerer zu kontrollieren sein wird, als bisher schon. Der militärisch-industrielle Komplex schafft sich mit CALS eine einheitliche Infrastruktur, die die Unterschiede zwischen den einzelnen Teilen weiter verschwimmen läßt.

JESSI in der Diskussion

Neues Institut für Silizium- Technologie in Itzehoe

Unter dem Titel "Mit der Mikroelektronik in die Schöne Neue Welt" luden am 17. Oktober 1990 die Grünen in Itzehoe zu einer Podiumsdiskussion ein. Anlaß zu der Veranstaltung war die geplante Ansiedlung eines "Instituts für Silizium-Technologie" (ISiT) der Fraunhofer-Gesellschaft, das im Rahmen des EUREKA-Projektes JESSI (Joint European Submicron Silicon) von Bund, Land Schleswig-Holstein, Kreis Steinburg und der Stadt Itzehoe mit erheblichen finanziellen Mitteln subventioniert wird.

Zur Diskussion auf dem Podium waren eingeladen: Prof. Dr. Anton Heuberger, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Mikrostrukturtechnik, Leiter der deutschen JESSI-Planungsgruppe und künftig auch des ISiT in Itzehoe; Klaus Röttgering, Referent für ISiT-JESSI im Kieler Wirtschaftsministerium; Dr. Ulrich Briefs, MdB Die Grünen und Mitglied im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie; Manfred Domke, FIFF-Regionalgruppe Bonn. Für die Moderation hatte Dr. Jörg Feldner, freier Journalist aus Kiel, zugesagt.

Schon im Vorfeld nahm die Veranstaltung einen ungewöhnlichen Verlauf. Ulrich Briefs wurde von den Grünen wieder eingeladen, nachdem sein beabsichtigter Übertritt zur PDS bekannt geworden war. Für ihn sprang Angelo Wehrli von der GAL Hamburg ein. Moderator Jörg Feldner und Klaus Röttgering blieben dem Podium unentschuldigt fern.

Arroganz eines Spitzenwissenschaftlers ...

Anton Heuberger zog seine Teilnahme wenige Tage vor der Veranstaltung zurück, u.a. mit folgender Begründung:

"Sie haben mir ... die Einladung zur geplanten Diskussion über JESSI mit dem albernen Titel 'Mit der Mikroelektronik in die Schöne Neue Welt' übersandt, der allein schon auf eine niveaulose Agitationsveranstaltung schließen läßt. Dazu paßt auch der Text auf der zweiten Seite Ihres Faltblatts, in dem uralte Themen wie 'militärische Verwertbarkeit und gesellschaftlicher Nutzen der Mikroelektronik' genannt werden. Ich bin der Meinung, daß diese Fragen mehr ein Problem von Nachhilfeunterricht darstellen, als daß sie sich für eine Podiumsdiskussion eignen. ... Weiterhin habe ich von verschiedenen Seiten die Information bekommen, daß die Grünen - vorsichtig ausgedrückt - in einzelnen Fällen sehr engen Kontakt mit der PDS haben. ... Aufgrund meiner persönlichen Überzeugung ist es mir unmöglich, an einer mehr oder weniger verdeckten PDS-Veranstaltung teilzunehmen."

Die herablassende Degradierung besorgter MitbürgerInnen zu "NachhilfeschülerInnen" und der Griff in die Mottenkiste politischer Feindbilder lassen wohl an der sozialen Kompetenz zweifeln, die einem anerkannten Spitzenwissenschaftler angemessen wäre.

Dennoch war die Veranstaltung ein Erfolg. Silke Dibbern-Voß (Die Grünen, Steinburg) sprang als Moderatorin ein. Der Saal war mit 50-60 Menschen gut gefüllt. Nach der Einführung durch die Veranstalter fuhr Manfred Domke fort mit einigen Aussagen zum Umfeld von ISiT:

Mikroelektronik ist untrennbar mit dem Militär verbunden, ziviler Bedarf wird nicht erhoben. Es gibt keine Studien über Zusammenhänge zwischen der Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme und den

angestrebten Mega- und Giga-Chips. Die Milliardeninvestitionen für JESSI führen zu einer weiteren Internationalisierung der Chipentwicklung. Mikroelektronik kann keine regionale Technologie sein. Antrieb und Motivation für JESSI sind Macht- und Unabhängigkeitsstreben. JESSI zielt auf weiteres quantitatives Wachstum, auf "Wettbewerbsfähigkeit" im weltweiten Technik-Wettrüsten. Wir brauchen aber eine Reduzierung des Energieverbrauchs, eine Mikroelektronik, die auf Schonung unserer Ressourcen, auf Umwelt- und Naturschutz und ein würdevolles Leben ausgerichtet ist. Bei JESSI sollte eine Verbindung von ökonomischen mit ökologischen und gesellschaftlichen Zielen gesucht werden. Systeminnovation ist gefragt.

Angelo Wehrli beleuchtete das ISiT aus der Sicht der Hamburger GAL und ging dabei auch auf regionale Aspekte ein.

... gegenüber interessierten BürgerInnen

Die anschließende lebhafteste Diskussion verdeutlichte das große Informationsbedürfnis seitens der BürgerInnen: "Warum habt Ihr uns das alles nicht schon längst gesagt? Sind wir denn von allen guten Geistern verlassen, daß wir das alles mit uns machen lassen? Sollten wir unser eigenes Denken nicht öfter in Frage stellen?" Das besprochene Thema ist offenbar brandaktuell, auch wenn Anton Heuberger dies anders sieht.

ISiT soll der langfristigen Vorsorge für die Mikrotechnologie in Europa dienen. Der Schwerpunkt liegt ab 1995 auf der Entwicklung von 256 Megabit- und 1 Gigabit-Chips. Steuergelder in Millionenhöhe sollen hier für Forschungsarbeiten aufgewendet werden, die in erster Linie den an JESSI beteiligten Konzernen Siemens, Thomson und Philips zugute kommen werden.

Beim ISiT-Generalplaner Siemens rechnet man trotz Abrüstung auch künftig mit 3% Wachstum pro Jahr im Bereich "Verteidigungselektronik" (Geschäftsvolumen 2 Milliarden Mark). Hauptkunden

sind die Bundeswehr und NATO-Europa. Siemens gehört mit Thomson, General Electric, SEL und Telefunken zur Gruppe der fünf größten Anbieter in der Militär-elektronik.

Die Halbleiterhersteller werden auf allen Organisationsebenen des ISiT in Itzehoe mit eigenem Personal mitarbeiten und so vor Ort Einfluß auf die Projekte des Instituts nehmen. Die finanziellen Belastungen der Stadt Itzehoe werden voraussichtlich über 2 Millionen Mark betragen. Diese Ausgaben zu Gunsten marktbeherrschender Konzerne gehen zu Lasten einer gezielt regionalwirtschaftlich orientierten Strukturhilfe.

(Manfred Domke, FIFF-Regionalgruppe Bonn)

Aus der Großforschung

Zu welchen Ergebnissen der Vorstand der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD), die Informatik-Großforschungseinrichtung des Bundes, kommen kann, wenn dort über die verwinkelten Zusammenhänge von Politik und Informationstechnik nachgedacht wird, belegt folgende Kostprobe aus den "GMD Perspektiven" vom August 1990:

"Information ist neben Rohstoffen und Energie eines der Grundelemente, auf dem die Leistung moderner Industriestaaten gründet. Einen aktuellen Beweis dafür liefert der Niedergang der Volkswirtschaften des Ostblocks: Nicht Rohstoff- oder Energiemangel waren dafür die Gründe. Wohl aber hat neben den bekannten Unzulänglichkeiten des Systems eine nicht konkurrenzfähige Informationstechnik (IT) zur Ineffizienz in Produktion, Distribution, Verwaltung und Kommunikation und letztlich zum wirtschaftlichen Zerfall erheblich beigetragen."

Was folgt daraus? Es war nicht der sogenannte real existierende Sozialismus, sondern die fehlende Infor-

mationstechnik, die den Niedergang der DDR wesentlich verursacht hat, folgert richtig die ÖTV-Betriebsgruppe in "Disput", September 1990. Und kommt zu dem Schluß, "daß der Stalinismus von den Menschen nicht wegen seines autoritären Herrschafts- und Unterdrückungscharakters bekämpft wurde, sondern weil er ein 'unzulängliches System' war. Oder umgekehrt - das 'unzulängliche System' des Stalinismus und die Unterdrückung der Menschen hätte besser funktionieren können, wenn es nur eine konkurrenzfähige Informationstechnik gegeben hätte: Informationstechnik-Entwickler als Diener jedes Herren und Informationstechnik als Herrschaftsinstrument ohne Ansehen für was und wen!"

Aufpassen sollte dann aber auch die Bundesregierung: wenn sie den Abbau der Forschungsförderung für Universitäten und Großforschungseinrichtungen weiter vorantreibt, sind auch ihre Tage gezählt!



Protokoll der FIFF-Mitglieder-versammlung am 7. Oktober 1990 in Stuttgart

Wahl der Versammlungsleitung und der Protokollführung

Zum Versammlungsleiter wurde Dr. Hellmut Weber einstimmig gewählt.

Zum Protokollführer wurde Jürgen D. Schroer einstimmig gewählt.

Es wurde die satzungsgemäße Einberufung der Mitgliederversammlung festgestellt. Es nahmen 52 stimmberechtigte Vereinsmitglieder an der Mitgliederversammlung teil.

Beschlußfassung über Tagesordnung, Geschäftsordnung, Wahlordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung, die Geschäftsordnung und die Wahlordnung wurden einstimmig angenommen.

Bericht des Vorstands einschließlich Kassenbericht

Helga Genrich gab den Bericht für den Vorstand.

- Der FIFF Vorstand tagte im abgelaufenen Vereinsjahr vier mal. Bei drei Treffen nahm auch der Beirat teil. Das vierte Treffen war eine Vorstandsklausur in Blaubeuren.
- Die Mitgliederzahl nahm um 50 Mitglieder auf 950 zu.
- Mitglieder, die trotz Aufforderung seit 5 Jahren keinen Beitrag gezahlt haben, wurden auf

Beschluß des Vorstandes aus der Mitgliederkartei gestrichen.

- Im FIFF-Büro Bonn gingen zahlreiche Anfragen ein, die von Ute Bernhardt und Ingo Ruhmann bearbeitet wurden. Beiden wurde für ihr Engagement gedankt. Sie haben durch Anzeigen in der Presse für das FIFF geworben und an der inhaltlichen Gestaltung der FIFF KOMMUNIKATION mitgearbeitet.
- Der Kassenbericht enthielt wieder als größte Ausgabenposten das Büro (Personal, Miete, Porto usw.) und die FIFF KOMMUNIKATION (Druck, Versand usw.). Auch die Jahrestagung 1989 in Frankfurt und die FIFF-Bücher verursachten mehr Ausgaben als Einnahmen. Die meisten Spenden sind Sachspenden. Die entstandenen Reisekosten werden dadurch teilweise ausgeglichen. Sonstige Kosten sind durch eine Beteiligung von 2000 DM am Deserteur-Denkmal, durch FIFF-Werbung in Zeitungen, und durch Beiträge an anderen Vereine entstanden.

Diskussion der Berichte

Der Bericht des Vorstandes einschließlich des Kassenberichts wurden diskutiert und zur Kenntnis genommen.

Nachwahl des/der Vorsitzenden des Vorstands

Wegen des Todes von Reinhold Franck wurde die Nachwahl des/der Vorsitzenden notwendig. Als Wahlleiter wurde Gerhard Jordan einstimmig gewählt. In die Wahlkommission wurden Reinhold Schulte-Eppendorf und Hans-Joachim Schwind einstimmig gewählt.

Der einzige Wahlvorschlag für die Wahl des/der Vorsitzenden des Vorstandes lautete: Dr. Hellmut Weber.

Es waren 52 wahlberechtigte Vereinsmitglieder anwesend.

Es wurden 46 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen abgegeben.

Dr. Hellmut Weber nahm die Wahl an.

Diskussion

Aus folgenden Arbeitsgruppen der Jahrestagung wurden kurze Zusammenfassungen vorgestellt:

AG 2: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) (Manfred Domke)

AG 3: Partizipative Ansätze in der Softwareentwicklung (Karsten Hoffmann)

AG 4: Beteiligung von BürgerInnen an der Entwicklung und Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnik (Gerhard Jordan)

AG 5: Ökologie und Informatik (Ralf Klischewski)

AG 6: Öffentlichkeitsarbeit demokratischer Bewegungen (Christine Fischer)

AG 7: InformatikerInnen im großen Deutschland (Helga Genrich)

AG 8: Grundrechte - ein Handelshemmnis? Was bringt die EG? (Dagmar Boedicker)

AG 9: Technikfolgenabschätzung (Jürgen Müller)

Die Zusammenfassungen der Arbeitsgruppen wurden diskutiert und Bezüge zur zukünftigen Arbeit des FIFF hergestellt.

Die Entscheidung über Ort und Thema der Jahrestagung 1991 wurde dem Vorstand übertragen.

Vom FIFF-Vorstand

Um die finanzielle Situation zu verbessern wurde auf der FIFF-Vorstandssitzung vom 30. September 1990 beschlossen, daß keine spezielle Mahnaktion für säumige Zahler durchgeführt wird. Stattdessen werden diese in der FIFF KOMMUNIKATION aufgefordert, Ihre Beiträge zu entrichten. Mitglieder, die

ein Jahr lang keinen Beitrag bezahlt haben, werden in Zukunft die FIFF KOMMUNIKATION nicht mehr erhalten. Und fünf Jahre Zahlungsver-säumnis führt zur Streichung aus der Mitgliederliste.

FIFF wird dem Unterstützerkreis des IWIF beitreten und wird sich an einer Veranstaltung des IKÖ zum Thema EG und Datenschutz im Frühjahr 1991 in Ulm beteiligen.

Geld? Bäh!

Über Geld spricht man nicht - man hat es. Getreu diesem Motto wurde in den letzten Jahren im FIFF nie viel über Geld geredet und nur verschämt um die rechtzeitige Überweisung der vergleichsweise nicht eben hohen Mitgliedsbeiträge gebeten. Trotz der immer wieder geäußerten Behauptung, im FIFF geschehe nichts, flattern dem Büro regelmäßig Rechnungen ins Haus. Des Rätsels Lösung: Von den etwa 900 Mitgliedern des FIFF arbeiten in regional- und bundesweiten Gruppen, für die FIFF KOMMUNIKATION, im Büro und für die Jahrestagungen ständig im Schnitt etwa 25% der Mitglieder. Mit dieser Arbeit bringt das FIFF die einzige regelmäßige Zeitung zum gesamten Komplex Informatik und Gesellschaft heraus und überdies noch mindestens ein Buch zum Thema pro Jahr. In Politik und Öffentlichkeit hat sich das FIFF beharrlich einen Namen gemacht und will dies in Zukunft noch verstärken. Dazu braucht das FIFF die Beiträge seiner Mitglieder.

In diesen Tagen geht bei all jenen Mitgliedern Post ein, die ihren Beitrag nicht per Lastschrift einziehen lassen und ihn bis zum 15. Januar 1991 noch nicht bezahlt haben. Wir gehören nicht zu der Art von Vereinen, die - wie z.B. die GI - Jahresbeiträge im voraus kassieren, aber wir können auch nicht bis zum Ende des Jahres warten und die Vereinsarbeit vorfinanzieren. Deshalb hier nochmals die Aufforderung an alle überweisenden FIFF-Mitglieder,

ihren Beitrag möglichst bald zu zahlen.

Wie wir schon in der letzten Kommunikation berichteten, gibt es einen erklecklichen Anteil von FIFF-Mitgliedern, die mit ihren Zahlungen hinterherhinken. Aus diesem Grund hat der Vorstand im September 1990 folgenden Beschluß gefaßt:

- Mitglieder, die ein Jahr lang ihren Beitrag nicht gezahlt haben, werden aus dem Verteiler der FIFF KOMMUNIKATION genommen.
- Mitglieder, die drei Jahre keinen Beitrag gezahlt haben, werden aus der Mitgliederliste des FIFF gestrichen.

Wenn Sie sich also wundern, daß Sie in Zukunft keine FIFF KOMMUNIKATION mehr erhalten, kann dies zwei Gründe haben: Sie haben entweder vergessen, uns Ihren Umzug mitzuteilen, oder, Ihren Beitrag zu bezahlen - oder beides.

Anleitung gegen den Frust

Die Situation der FIFF Regionalgruppe Karlsruhe - stellvertretend für FIFF Deutschland?

Zu unserer Situation:

Die Anzahl der aktiven Mitglieder in unserer Regionalgruppe hat sich in den letzten eineinhalb Jahren von acht Leuten auf zwei Leute reduziert, allerdings haben wir in dieser Zeit auch ein neues Mitglied bekommen. Der "Aktivenschwund" hat eingesetzt, als wir (alle acht) uns dazu entschlossen hatten, nicht mehr nur zu diskutieren, sondern ein Thema inhaltlich zu erarbeiten. Wenige Wochen, nachdem alle jeweils eine Aufgabe zur Themen-vorbereitung übernommen hatten, bröckelte die "aktive Front" relativ schnell ab.

Wir hatten uns alle in unserem Engagement überschätzt; daher blieben ungeschickterweise alle potentiellen Mitarbeiter einfach weg. Bis jetzt hat sich daran nichts geändert. Die restlichen Aktiven haben aus dieser Zeit gelernt, daß wir in der Gruppe ehrlicher über die jeweiligen Vorstellungen einer Mitarbeit im FIFF hätten diskutieren müssen. JedeR muß offen angeben, wieviel Zeit mensch für das FIFF und eine aktive Mitarbeit im FIFF aufbringen will. Damit lassen sich rechtzeitig übertriebene Erwartungen korrigieren.

Wir haben auf der FIFF-Jahrestagung 1990 festgestellt, daß im Prinzip fast jede Regionalgruppe mit diesem Problem kämpft: einige wenige Aktive stehen einer recht großen Anzahl von passiven Mitgliedern gegenüber. Das bedeutet, daß das oben geschilderte Problem überall auftaucht. Dennoch mögeln wir uns immer wieder um die Fragen herum:

- welche persönlichen Erwartungen stellen wir an das FIFF?
- welche Bereitschaft zur Mitarbeit bringen wir mit?
- wieviel Aktivität/Passivität wird eigentlich akzeptiert?

Gedanken zur aktiven Mitarbeit vs. passiven Mitgliedschaft:

Nach unserer heutigen Einschätzung gibt es grundsätzlich drei "Arten" von FIFF-Mitgliedern (keine Wertung!):

- Mitglieder, die - aus welchen Gründen auch immer - lediglich passives Mitglied sein wollen; das heißt: Verarbeitung der Informationen aus der FIFF KOMMUNIKATION, aus FIFF-Büchern und eventuell noch Besuch der FIFF-Jahrestagung.
- Mitglieder, die einfach nur mit Gleichgesinnten kritisch über Themengebiete der Informatik diskutieren wollen. Damit wird zunächst der Gedankenaustausch innerhalb der Regionalgruppe betrieben. Erst mit der Organisation von öffentlichen Vorträgen oder Diskussionen wird auch der Gedankenaustausch mit Men-

schen außerhalb des FIFF gefördert.

- Mitglieder, die verschiedene Themengebiete so umfassend und "erschöpfend" miteinander erarbeiten möchten, daß am Schluß auch eine Materialsammlung zu dem jeweiligen Thema verfügbar ist. Damit soll nicht nur ein Gedankenaustausch auf der Ebene der einzelnen Regionalgruppe erreicht werden. Vielmehr sollen diese Ergebnisse für andere FIFF-Mitglieder, aber auch für Nicht-Mitglieder möglichst "publikationsreif" zur Verfügung gestellt werden.

Alle FIFF-Mitglieder sind auf ihre "Art" der Mitgliedschaft ein wertvoller Bestandteil des FIFF. So unterstützen die passiven Mitglieder durch ihre Mitgliedschaft die Arbeit der Aktiveren und geben ihnen damit auch die moralische Rücken-deckung für deren Aktivitäten. Den Aktiven ist mit dieser Lobby die Möglichkeit gegeben, sich persönlich für die Ziele des FIFF einzusetzen.

Wir haben in unserer Regionalgruppe mit Sicherheit einen Fehler gemacht: wir haben einerseits versucht, andere zu einer aktiveren Mitarbeit zu drängen. Hintergrund war schlicht und einfach die Erwartungshaltung, daß jedes Mitglied des FIFF automatisch auch aktive Beiträge in erheblichem Umfang leisten würde. Andererseits muß jedoch jedeR für sich selbst entscheiden, wieviel Einsatz er/sie bringen will und kann, und dieses dann auch ehrlich und offen darlegen. Aktive Mitarbeit mit sehr hohem persönlichen Einsatz kann nicht durch Druck von außen erfolgen.

Schlußfolgerung:

Sowohl passive als auch aktive Mitglieder können sich in ihrer Zusammenarbeit ergänzen. Die Organisation der Regionalgruppe hat dies zu berücksichtigen.

So ist beispielsweise ein Stammtisch bzw. ein Plenum eine gute Möglichkeit zur Diskussion und zum Informationsaustausch mit allen FIFF-Mitgliedern, während die Aktiveren auch zu anderen Ter-

minen (z.B. in Arbeitsgruppen) an weiteren Themen arbeiten.

Wir möchten hier einfach mal danach fragen, was wir in Zukunft besser machen können. Dafür möchten wir Euch um Eure Erfahrung bitten: was macht Ihr in Eurer Regionalgruppe gut? was macht Ihr schlecht? was könnte man besser machen? Wir möchten gern unsere und Eure Erfahrungen zusammenfassen und später in der FIFF KOMMUNIKATION veröffentlichen. Vielleicht können wir ja damit auch Ideen für Eure künftige Regionalarbeit liefern.

Wir bitten Euch um Eure Mitarbeit:

Unsere Fragen an alle Regionalgruppen:

- wie sieht bei Euch die regionale Organisation aus?
- wie werden bei Euch die verschiedenen Interessen der Mitglieder berücksichtigt?
- wie oft trifft Ihr Euch im Plenum und/oder in Arbeitsgruppen?
- wie stellt Ihr Euch eine effiziente Zusammenarbeit mit den anderen Regionalgruppen vor?
- wie sieht Eure Öffentlichkeitsarbeit aus?

Unsere Fragen an alle Mitglieder:

- was erwartet Ihr persönlich vom FIFF?
- was hält Euch gegebenenfalls von einer aktiven Mitarbeit ab?
- welche Information sollte das FIFF Euch liefern?
- wenn Ihr mit FIFF (un)zufrieden seid: warum?

Schreibt doch mal! Unsere Adressen:

Dietmar Seifert
Junkersring 8
7514 Eggenstein
Gerhard Jordan
Rüppurrer Str. 35
7500 Karlsruhe 1

THESEN

Computer in die Ecke!

Technik vermeiden, wo möglich - Technik nutzen, wo nötig

von Norbert R. Müllert

These 1: Menschliche Kontrolle über technische Systeme geht immer mehr verloren. Für den Einzelnen undurchschaubar und unverständlich entwickeln "Maschinen-System-Gebilde" eine Art Eigenleben, das maßgeblich Dasein und Arbeit bestimmt, auch gegen die Erfahrungen und Empfindungen des Einzelnen, gegen Sinnhaftigkeit und Einsicht.

Wie weit sich die "Technikstruktur" inzwischen verselbständigt hat, wird der Öffentlichkeit und den Bürgern erst dann bewußt, wenn Probleme auftreten, wenn der Großstadtverkehr zusammenbricht, wenn im Krankenhaus Überwachungs- bzw. Diagnosesysteme ausfallen, wenn die Stromversorgung zum Erliegen kommt, wenn die Produktion falsch läuft, wenn ... In solchen Krisensituationen erkennen die Betroffenen, wie abhängig sie von dieser technischen Infrastruktur sind. Denn Abhilfen per Hand sind kaum noch möglich; man ist ihr auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

In der Realität führen Menschen Entscheidungen aus, die auf Computerberechnungen beruhen, die sie nicht nachprüfen können; das bedeutet, menschliches selbständiges Denken und Handeln wird durch moderne Technik ersetzt; folglich ähnelt die Gesellschaft als Ganzes zunehmend einer riesigen Maschine, von der der Mensch nur

der "lebendige" Bestandteil ist, ein Mensch letztendlich ohne eigenen Willen, abhängig von Vorgaben aus dem Computern, Systemen, Datenbanken, Maschinen, für die jedes Abweichen störend ist und geahndet wird.

Für Erich Fromm, dem Psychologen und Gesellschaftsinterpreten, ist dieses so absolute Sich-Verlassen auf technische Systeme ein soziales Krankheitssymptom: Phantasie stirbt ab, Denken wird routinehaft und bürokratisch, körperliche Unpäßlichkeiten und Krankheiten aufgrund der psychischen Verformungen des mehr oder weniger bewußten Ausgeliefertseins nehmen zu:

"Diese Neigung, den technischen Fortschritt als höchsten Wert anzusetzen, hängt nicht nur mit unserer Überbetonung des Intellekts zusammen, sondern - was sehr viel wichtiger ist - mit unserer tiefen, gefühlsmäßigen Begeisterung für alles Mechanische, Nichtelebendige, von Menschenhand Gemachte. Dieses Angezogenensein vom Nichtelebendigen, das in seinen extremeren Formen als Sehnsucht nach Tod und Verwesung auftritt (Nekrophilie), führt sogar in seiner weniger drastischen Ausprägung zur Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben und nicht zu einer 'Ehrfurcht vor dem Leben'. Menschen, die sich vom Nichtelebendigen angezogen fühlen, ziehen 'Ruhe und Ordnung' den lebendigen Strukturen vor, bürokratische Methoden den spontanen, Maschinen den Lebe-

wesen; also Wiederholung statt Originalität, Ordentlichkeit statt Überschwang, Ansammeln statt Ausgeben. Sie wollen das Leben kontrollieren, weil sie vor seiner unkontrollierbaren Spontaneität Angst haben; sie würden es eher töten, als sich ihm auszusetzen und mit der Welt um sie herum zu verschmelzen. Sie spielen oft mit dem Tode, weil sie nicht im Leben verwurzelt sind; ihr Mut ist der Mut zum Sterben, und das Symbol ihres höchsten Mutes ist das Russische Roulette. Die wachsende Zahl unserer Autounfälle und die Vorbereitungen auf den Atomkrieg sind Zeugnisse für diese Bereitschaft, mit dem Tode zu spielen. Wer würde schließlich nicht dieses erregende Spiel der langweiligen Unlebendigkeit des Organisations-Menschen vorziehen?"

These 2: Als Gegenpol müssen Bilder, Wünsche, Utopien von einer menschengemäßen, ökologischen und sozialverträglichen Umwelt und Technik nicht nur entwickelt, sondern auch erprobt werden, um zu zeigen, daß es auch anders geht.

Die Alternativ-Technik-Bewegung der siebziger Jahre war ein Versuch von der Nur-Großtechnik wegzukommen - zu überschaubaren, ökologisch-verträglichen und humanen Techniken. Auf diesem Hintergrund entstanden sowohl die Grüne Bewegung, die unzähligen Bürgerinitia-

tiven als auch Bemühungen um alternative technische Lösungen. Heute gehört es zum guten Ton, Sonnenkollektoren, Solaraggregaten und Windrädern eine Chance einzuräumen, ökologisch orientierten Landbau zu unterstützen und umweltfreundliche Kleinbetriebe zu fördern. Bis in die achtziger Jahre hinein wurden solche Bestrebungen weitgehend als Spinnerei abgetan. Hier hat sich ein zaghaftes Umdenken entwickelt.

Wenn BürgerInnen ihre Vorstellungen ungeschminkt äußern können, dann schneidet Neue Technik schlecht ab. Nach dem Verständnis von TeilnehmerInnen von Zukunftswerkstätten - über 500 aus allen Bevölkerungskreisen - ist ein radikaler Bruch mit den gegenwärtig vorherrschenden Technikformen notwendig, damit Computer, Informations- und Kommunikationstechniken sozial und menschlich verantwortet werden können. Die Eigenschaften oder Kriterien, die in den Werkstätten entstanden, beschreiben eine Technik, die ökologisch (z.B. angepaßt, ungefährlich, unvernünftig), gesellschaftlich (z.B. nur in Gruppen nutzbar, sozial, kommunikativ), demokratisch (z.B. gestaltet im demokratischen Konsens, durchschaubar, zugänglich), menschlich (z.B. spontan, fehlerfreundlich, Sinne einbeziehend) und bereichernd (z.B. Zeit lassend, unterstützend, veränderbar) ist. Daß dabei Widersprüche auftreten, liegt am verschiedenartigen Hintergrund der Beteiligten. So ist es sicherlich pervers, wenn Technik fast menschliche Züge erhält, indem ihr Eigenschaften zugesprochen werden wie Spontaneität, Sinnlichkeit oder Phantasie. Zugleich offenbart dieser Zwiespalt, wie weit Technik in ihren Ausprägungen bereits eine Art Symbiose mit dem Menschen eingegangen ist.

Zur Veranschaulichung ein Auszug aus dem Werkstattbericht Nr. 78 (Seite 115):

"2. Gesellschaftliche Eigenschaften

Beim ersten Lesen mögen 'Gesellschaftliche Eigenschaften' von Neuer Technik seltsam erscheinen.

Doch wer sich in diese Rubrik hineindenkt, entdeckt schnell die enge Verzahnung zwischen Gesellschaftlichem und Technischem. Es geht um die Verbindung von Mensch und Technik, um gesellschaftlich-erforderliche Rahmenbedingungen für eine ausgewogene, menschengerechte Informations- und Kommunikationstechnik.

Im Vordergrund steht die Eigenschaft: 'Nur in Gruppen nutzbar', was klar ausdrückt, daß Neue Technik nicht individuell, in den vier Wänden zuhause, allein genutzt werden soll. Das 'Soziale' wird zum Maßstab für jegliche Technikanwendung - und zwar in einer ausgleichenden, harmonisierenden Form. Zum menschlichen Miteinander gehört die 'Kommunikative' Eigenschaft: das Brückenschlagen zu und Verbinden von Menschen - bis zum physischen Kontakt hin. Der Kreis schließt sich, indem das Soziale und Gruppenorientierte der Neuen Technik durch die Bedürfnisse beeinflusst wird. Folglich werden Universallösungen abgelehnt und Lösungen für die jeweiligen Arbeits- und Lebenszusammenhänge verlangt. Das gilt besonders für den Arbeitsbereich, wo die Ganzheitlichkeit der Arbeit bei Einführung von elektronischen Geräten als Maß angesehen wird.

Für die angeführten Eigenschaften gibt es Ansätze in der EDV-Praxis, natürlich weit entfernt von der Radikalität der aufgestellten Kriterien. Vor allem der Gruppenaspekt muß kleingeschrieben werden. Wenn überhaupt, dann läßt er sich bei einigen Konzeptionsversuchen im Software-Bereich entdecken. Zusammengekommen zielt das Eigenschaftsbündel auf das 'Sozialverträgliche' von Technik an sich, das aber seinerseits erst durch die vielen anderen Eigenschaften zum Tragen kommen kann.

Bedürfnisgerecht: Neue Technik wird nur nach Bedarf und Bedürfnissen genutzt, d.h., für jeden Anwendungsbereich sind

eigene Lösungen zu finden - ausgehend von den dort Tätigen.

Nur in Gruppen nutzbar: Neue Technik ist eine Gruppentechnik, sie läßt sich nur zusammen mit anderen, in der Gruppe nutzen und einsetzen.

Sozial: Neue Technik wird gesellschaftlichen Zusammenhängen in ihrer Vielfalt stets gerecht.

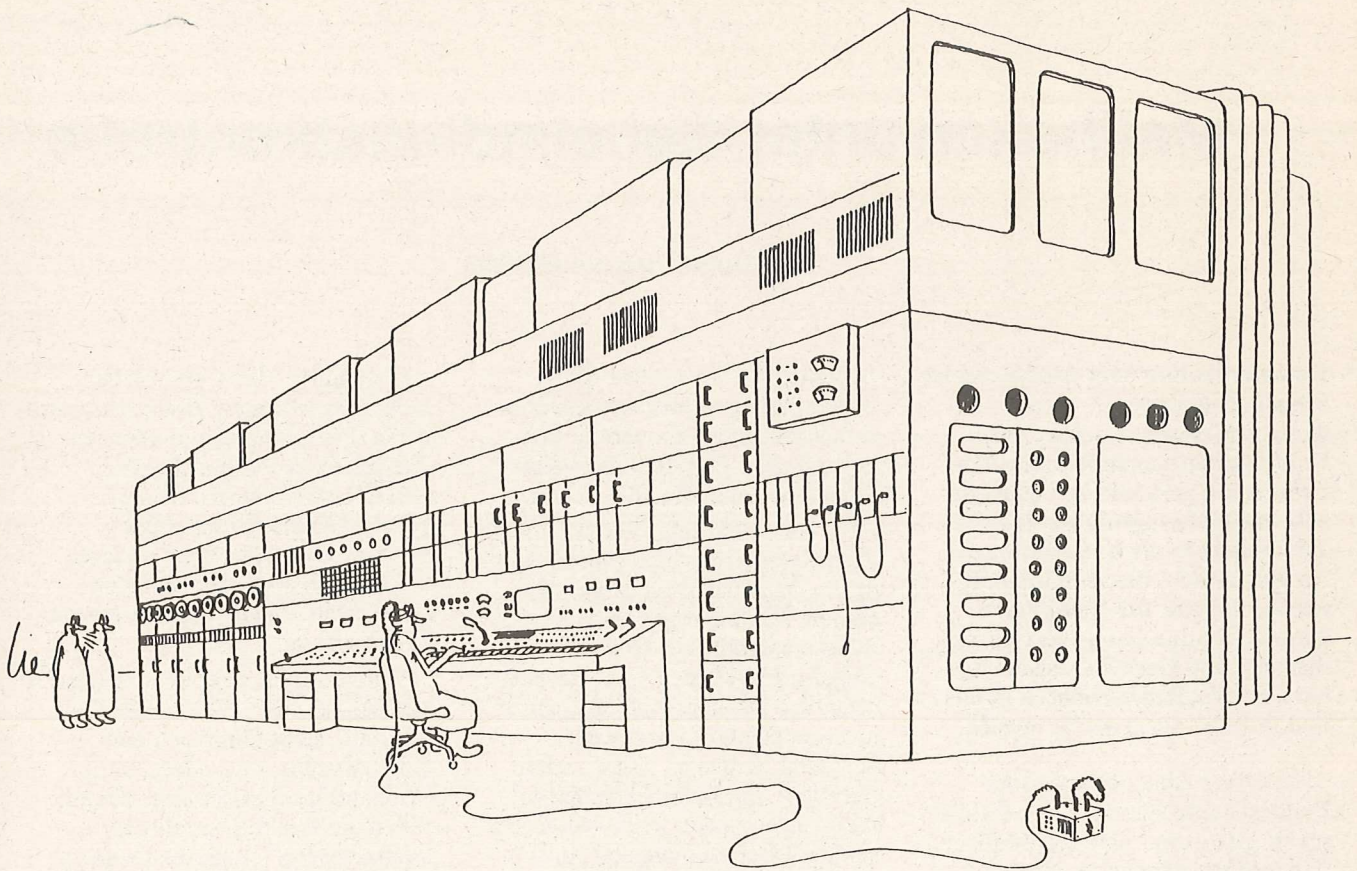
Kommunikativ: Neue Technik fördert zwischenmenschliche Beziehungen und Kontakte, bringt Menschen zusammen.

Arbeit schaffend: Neue Technik schafft neue, ganzheitliche Arbeitsplätze."

These 3: Wider die Vereinnahmung bzw. Gleichschaltung mit Hilfe Neuer Technik angehen: durch Nicht-alles-Mitmachen, was von Industrie, Wirtschaft, Wissenschaft und Staat angeboten wird. Im Großen an Konzepten arbeiten, um dem Menschlichen mit seinen Stärken und Schwächen einen Platz in der modernen Gesellschaft zu erhalten; im Kleinen, wo immer es geht, Veränderungen versuchen, d.h. so zu leben, daß Technik ihre "Allmacht" verliert.

Es ist notwendig,

- den Menschen endlich als unfertig und fehlermachend anzuerkennen und entsprechend einfach die technische Umwelt einzurichten,
- BürgerInnen zu unmittelbarer Beteiligung und Mitverantwortung zu aktivieren - weg von der Bevormundung und Bürokratisierung,
- die eingeschliffenen Konsumgewohnheiten zu hinterfragen und zu verändern - zu einem bewußten Konsum hin, der sich nicht von der Werbung manipulieren läßt,
- technische Systeme und Hilfsmittel nur dann einzuführen,



"Ist es nicht tröstlich zu wissen, daß hinter all dem letztlich der Mensch steht?"

(Erik Liebermann)

wenn sie sich nicht verselbständigen können,

- eine neue seelisch-geistige und ethisch-moralische Orientierung zu schaffen, damit nicht alles gemacht wird, was gemacht werden kann und Profit verspricht.

Die Arbeit an solchen großen Zielen muß sich verweben mit kleinen, ersten Schritten. Dazu noch ein Beispiel, das dem Vortrag den Titel gab, aus dem bereits erwähnten Werkstattbericht Nr. 78, ein Projekt aus über siebzig, die in dem Bericht vorgestellt werden (Seite 89):

"Computer in die Ecke

Den Computer aus dem Mittelpunkt des Arbeitsplatzes zu verbannen, dem Bildschirm-Terminal nur eine Rolle am Rande des Arbeitsalltags zuzuweisen, das erreicht die Aktion 'Computer in die Ecke'. Das Terminal wird nicht auf den Schreibtisch, den Hauptarbeitsplatz gestellt, sondern auf

einen Extratisch in die Ecke des Raumes, eventuell hinter einen Vorhang oder sogar in einen anderen Raum. Sobald ein Weg dahin nötig ist, verführt das Gerät nicht alleine durch seine Anwesenheit dazu, es schnell einmal einzuschalten. Jede Nutzung des Computers geschieht dann wohlüberlegt. Zugleich lockert der Zwang, sich bewegen zu müssen, die angespannte Sitzhaltung und wirkt sich anregend auf den Arbeitsablauf aus. Da mehrere Personen den Computer in der Ecke nutzen können, werden persönliche Absprachen zur Zusammenarbeit notwendig.

Der 'Computer in der Ecke' kann als Aktion von Kolleginnen und Kollegen gemeinsam abgesprochen und überraschend verwirklicht werden - das provoziert eine Diskussion über den Stellenwert des Computers im Arbeitsalltag. Bei Einführung Neuer Technik ist darauf zu drängen, daß nicht jeder Platz einzeln mit Terminal ausgestattet wird, sondern daß beson-

dere Terminal-Plätze am Rande des Arbeitsgeschehens - für alle gemeinsam benutzbar - eingerichtet werden. 'Computer in die Ecke' sollte in Betriebsvereinbarungen festgeschrieben werden."

Literaturhinweise:

E. Fromm: Die Revolution der Hoffnung - Für eine humanisierte Technik (Rowohlt), Reinbeck 1974.

R. Jungk, N. R. Müllert: Zukunftswerkstätten - Mit Phantasie gegen Routine und Resignation (Heyne), München 1989.

R. Jungk, N. R. Müllert: Zukünfte "erfinden" und ihre Verwirklichung in die eigene Hand nehmen - Was Bürgerinnen und Bürger in Zukunftswerkstätten entwickeln und vorschlagen, Werkstattbericht Nr. 78, Düsseldorf 1990 (zu bestellen beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, 4000 Düsseldorf 1, Horiönplatz 1)

(Norbert A. Müllert beschäftigt sich mit Zukunftsforschung, insbesondere den Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechniken; eine wesentliche Arbeitsmethode ist die Zukunftswerkstatt)

Mailboxen unter Geheimdienstkontrolle

von Gunter Haake (SPOT)

Kommunikation über Mailboxen ist schnell, bequem und - so die gängige Meinung - sicher. Viele ComputerbesitzerInnen schicken daher auch persönliche Texte und geheime Unterlagen über das Telefonnetz in die elektronischen Archive. Daten, die verschlüsselt werden sollten: Die Computerkommunikation kann von Geheimdiensten und Gerichten legal abgehört, bei Mailboxbetreibern kopiert und in Ruhe ausgewertet werden.

Für Horst Alke, Referent des Bundesbeauftragten für den Datenschutz gibt es nur eine Konsequenz: "Ich möchte dringlichst abraten, irgendeine Mailbox unverschlüsselt zu befüllen. Vor allem natürlich mit Informantennamen und ähnlichen Dingen." Alke, für den Datenschutz bei der Bundespost zuständig, hält es für "ausgesprochenen Leichtsinn" vertrauliche Informationen in einer Mailbox zu speichern. Er hat schon "eine ganze Reihe Fälle mitbekommen, wo in fremde Mailboxen hineingeschaut wurde. - Es gibt leider ja sehr viele Wege."

Einen neuen Weg, auf Mailbox-Daten zuzugreifen, hat der Gesetzgeber im letzten Jahr erschlossen: Zum 1. Juli 1989 wurde das 'Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz' - kurz G10-Gesetz - geändert, das bestimmt, wann das Post- und Fernmeldegeheimnis nicht gelten soll. Der Gesetzestext liefert die rechtliche Grundlage für eine beinahe beliebige Schnüffelei. Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst, befreundete ausländische Geheimdienste und Gerichte können demnach den Fernmeldeverkehr überwachen und aufzeichnen.

Lediglich von einer nicht öffentlichen parlamentarischen Kommission kontrolliert, können sie weitgehend unbeobachtet in konstituierende Grundrechte eingreifen.

Bis vor einem Jahr betrafen solche Zugriffe 'nur' die Bundespost. Nun dürfen auch bei Mailboxbetreibern Verbindungsdaten und Inhalte persönlicher Fächer eingefordert werden, ohne darüber öffentlich Rechenschaft ablegen zu müssen. Die Gesetzesnovelle bestimmt, daß auch "jeder andere Betreiber von Fernmeldeanlagen" Auskünfte erteilen muß. Außerdem sei "die Überwachung und Aufzeichnung des Fernmeldeverkehrs zu ermöglichen". Strafbar macht sich, wer den betroffenen MailboxnutzerInnen oder anderen Personen mitteilt, daß eine Überwachung erfolgt. Um die Kontrolle zu vereinfachen, besteht seit Anfang dieses Jahres darüber hinaus die Pflicht, den Betrieb einer Mailbox registrieren zu lassen. - "Nicht begeistert" (COM-Box) bis "nicht korrekt" (Geo-Net) lauten die Reaktionen deutscher Mailboxen auf diese Regelungen.

Obwohl die rechtliche Grundlage für beliebige Schnüffeleien in Mailboxen seit über einem Jahr besteht, sind selbst kommerzielle Mailboxbetreiber nicht immer über die Rechtslage informiert. Die zuständigen Behörden andererseits zeigen sich bedeckt, statt zu informieren. So teilte Pressereferent Lange vom Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz mit: "Unsere zuständigen Herren stehen auf dem Standpunkt: zu G10-Angelegenheiten geben wir grundsätzlich keine Stellungnahme ab."

Erstaunlich, daß trotz solcher Geheimniskrämerei Ende Juli schon genau 13 Anmeldungen über den Betrieb einer Mailbox bei der Bundespost vorlagen. Gunter Nissen, Geschäftsführer der Berliner Com-Box etwa, meldete den Betrieb an, nachdem er im Gesetzblatt zufällig von der Meldepflicht erfuhr.

Andere Mailboxanbieter reagieren zurückhaltender. "Wir melden uns nicht an", stellt Günther Leue, Geschäftsführer des Geo-Net in Haunetal kategorisch fest. "Damit sollen die uns erst mal direkt konfrontieren." Auch die Deutsche Mailbox GmbH, Hamburg, meldet sich nicht an und bezweifelt sogar die gängige Gesetzesauslegung. Der Datenschutzbeauftragte der Deutschen Mailbox, so Sprecherin Ulrike Tegtmeier, ist der Meinung, Mailboxen seien nicht vom Gesetz erfaßt, da kein eigenes, sondern das öffentliche Fernmeldesystem benutzt werde.

Darüber, wen das neue G10-Gesetz tatsächlich trifft, herrscht nicht nur unter Mailbox-BetreiberInnen leidlich Unklarheit. Selbst die Posttochter Telekom erklärt sich schlicht für inkompetent. Sprecherin Ingrid Gogol kann nur feststellen, daß "nicht die Post sondern das Innenministerium" für solche Fragen zuständig sei. Die Gesetzesformulierung "jeder andere Betreiber von Fernmeldeanlagen, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind", jedenfalls läßt jede Möglichkeit offen, neue Kommunikationstechniken in eine Überprüfung einzubeziehen. "Das ist bewußt so weit formuliert worden" weiß Datenschützer Alke.

Schon Ende vergangenen Jahres hatte er das Thema mit dem Post-, dem Innen-, und dem Justizministerium besprochen: "Wir waren und sind uns einig, daß die einschlägigen Vorschriften auch für Mailboxen gelten. Wer sagt, das Gesetz gilt nicht für Mailboxen, ist nicht sehr sachkundig." Ausgeschlossen von der Überwachung seien lediglich Mailboxen die nicht für jederman, sondern nur für bestimmte Gruppenmitglieder zugänglich sind. "Etwa nur für einen bestimmten Amateur-Radioclub".

Eine Ausweitung der Überwachungsbefugnisse mag man beim Innenministerium darin nicht sehen. Zwar könnten nun auch Mailboxen überprüft werden, damit werde aber lediglich der Tatsache Rechnung getragen, daß durch das Poststrukturgesetz neben die Bundespost auch private Anbieter von Fernmeldeanlagen getreten seien. Das bedeute, so das Innenministerium, daß sowohl der Inhalt des Faches eines Mailboxbenutzers als auch dessen Kommunikationsdaten, wie etwa der Zeitpunkt der Einspei-

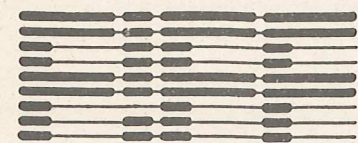
cherung einer Nachricht, herauszugeben seien. Dies soll mit rigiden Strafen durchgesetzt werden: Bis zu 30000 Mark soll laut Gesetz zahlen, wer "das Überwachen des Fernmeldeverkehrs nicht ermöglicht" oder das zur Überwachung notwendige, sicherheitsüberprüfte "Personal nicht bereithält".

Freiwillig sind dazu nur wenige Mailboxbetreiber bereit. Vertraulichkeit ist ihre Geschäftsgrundlage. In der Regel sind sie auch nicht in der Lage, beliebige Daten herauszugeben. "Das Hineingucken in ein Postfach ist nur mit dem Passwort möglich, das ein System Operator gar nicht kennt" erläutert Boxbetreiber Leue. Die Gefahr, daß Geheimdienste Backup-Bänder beschlagnahmen, schätzt er ebenfalls gering ein. "Wir würden strikt ablehnen, diese Bänder herauszugeben. Die sind natürlich ausgelagert." Außerdem rät auch er, vertrauliche Daten sicherheitshalber zu verschlüsseln. - Damit aber wird das Gesetz zur Verhinderung krimineller Geschäfte über Kommunikationsnetze - so die offizielle Argumentation für dessen Notwendigkeit - ungeeignet. "Wer etwas zu verbergen hat und die Mailbox für konspirative Zwecke benutzt" weiß Datenschützer Alke, "wird die Texte verschlüsseln. Deswegen greift ein Auskunftersuchen leer."

Mit einer Überwachung der Datenkommunikation rechnen kriminelle Zeitgenossen und kommerzielle Mailboxanbieter ohnehin. "Von den Geheimdiensten wird das sowieso gemacht", so Com-Box-Geschäftsführer Nissen. "Ich gehe davon aus, daß die pauschal alles irgendwie abhören oder aufzeichnen." Auch Mailboxbetreiber Leue ist "überzeugt, daß eine Überwachung schon insgeheim praktiziert wird. Gegen ein Mitschneiden von Nachrichten, die in eine Mailbox gelegt, oder aus ihr herausgeholt werden, sind wir machtlos." Und selbst Horst Alke, der Datenschützer in Sachen Bundespost, nimmt an, daß es bislang wohl noch kein Auskunftersuchen nach dem G10-Gesetz gegeben hat, "weil es bequemere Wege gibt, an diese Information heranzukommen."



(Freimut Wössner)



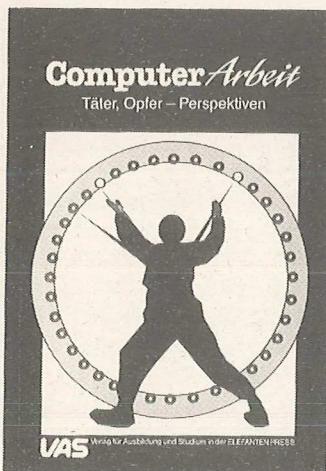
Beiträge zum Thema Informatik und Gesellschaft



Jutta Schaaf (Hg.): Die Würde des Menschen ist unverNETZbar

Netzknoten Frankfurt ■ Automatisierung
des Zahlungsverkehrs ■ Rüstungsaus-
halt und Informationstechnik ■ Verfas-
sungsverträglichkeit als Kriterium der
Technikbewertung

300 S., Bonn, 1990, 12,80 DM



Ralf Klischewski, Simone Pribbenow (Hg.): ComputerArbeit. Täter, Opfer - Perspektiven

Das demokratische Potential der Neuen
Fabrik ■ Maschinelle Intelligenz - In-
dustrielle Arbeit ■ Arbeitnehmer und
Betriebsräte zu Informatik im Betrieb
190 S., Berlin, 1989, 19,80 DM

Die größte Gefahr der G10-Neufassung sehen Kritiker daher auch darin, daß die Überwachung und Beschlagnahme von Mailboxdaten systematisch erfolgen wird, wenn dafür die technischen Grundlagen gegeben sind. Insbesondere die mögliche Kombination mit dem digitalen ISDN-Dienst - dort werden die Verbindungsdaten jedes Netzteilnehmers automatisch gespeichert - beinhaltet für sie ganz neue Dimensionen der Überwachung. Ein leichtes, genau zu verfolgen, wer wann mit wem kommuniziert. Werden zusätzlich - wie früher im Telefonverkehr mit der DDR - Kontrollrechner in den Datenfluß geschaltet, erfolgt die Überwachung vollautomatisch. Solche Kontrollcomputer können auf bestimmte Wortsilben oder Datensequenzen hin selbständig einen Verbindungsmitschnitt anfertigen.

Dabei entsteht ein Datenwust bei den Sicherheitsdiensten, der sich - wie die Sonderkarteien zu Zeiten der Terroristengesetze - jeder Kontrolle entzieht. Nicht nur sensible Wirtschaftsdaten sind von dieser Überwachung betroffen. Auch politische Äußerungen in Mailboxen und der Kontakt mit anderen Teilnehmern kann im Falle einer Mailbox-Beschlagnahme akribisch nachvollzogen werden. Betreiber alternativer Mailbox-Kommunikationsnetze, über die beispielsweise Flugblätter, gewerkschaftliche und politische Informationen bundesweit verbreitet werden, fürchten Verfassungsschutzdossiers in denen steht: "User X kommunizierte mit User Y über die betreffende Mailbox und tauschte folgende Meldungen aus..." Gerade alternative Mailboxnetze haben die geringsten (ökonomischen) Möglichkeiten, Widerstand gegen staatliche Organe zu entwickeln und aus dem Interesse heraus so öffentlich wie möglich zu arbeiten, die größte Transparenz auch gegenüber unerwünschten Gästen in der Mailbox.

Ausländische Beispiele zeigen, wie groß die Versuchung für Regierungen ist, den Wünschen ihrer Geheimdienste schnell und ungeprüft nachzukommen. Ein zweifelhaftes Privileg das nicht nur die Staatssicherheit der DDR hatte.

Schon im Januar 1987 berichtete die US-Zeitschrift 'Chronical of Higher Education', Präsident Reagan habe die 'National Security Directive 145' erlassen, die es erlaube Datenbanken zu kontrollieren. Eigens dafür habe die Regierung ein neues Geheimdienst-Büro eingerichtet. Überwacht würden alle Mailbox-Systeme, "unabhängig davon, ob sie die nationale Sicherheit unmittelbar berühren".

In den USA regte sich kaum Widerstand gegen diese Direktive. Deutsche Mailboxbetreiber wie Günther Leue aber wollen nicht "als Erfüllungsgehilfe für irgendwelche Leute tätig sein". Während kleine Mailbox-Unternehmen sowie BetreiberInnen von Alternativ- und Hobby-Mailboxen keine legale Chance haben dies abzulehnen, kann ein multinationales Unternehmen wie das Geo-Net seinen KundInnen zur Zeit noch empfehlen, den Datenverkehr dem Zugriff deutscher Organe zu entziehen. Leue, dessen Geo-Net aus 35 europäischen Systemen besteht, will "den Kunden nahelegen, Nachrichten in irgendeinem anderen und nicht in einem deutschen System abzulegen", sollten staatliche Organe versuchen, auf KundInnen-Daten zuzugreifen. - Im gemeinsamen europäischen Markt mit grenzüberschreitenden Vereinbarungen zwischen den Sicherheitsdiensten der Mitgliedsstaaten indes werden auch internationale Netze kaum eine Chance haben, empfindliche Daten vor Zugriffen zu sichern.

(Gunter Haake ist freier Journalist in München)

BSI übernimmt 40 Stasi-Spezialisten

von Ute Bernhardt und Ingo Ruhmann

Mit dem 1. Januar 1991 ist die Mutation perfekt: von der Zentralstelle für das Chiffrierwesen (ZfCh), einem ehemaligen Teil des Bundesnachrichtendienstes (BND) - soviel wird mittlerweile im Bundesinnenministerium (BMI) zugegeben - zur Zentralstelle für Sicherheit in der Informationstechnik (ZSI) und nun zum Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). 153 Beamte der ZSI wurden ebenso ins BSI übernommen, wie ihr Chef, der seit 1974 amtierende Leiter der ZfCh, Leiberich. Neu ist sein Vize, der von seinem Posten als Chef der Zentralabteilung des BKA ins BSI wechselte. Nach den letzten Haushaltsberatungen beginnt das BSI mit insgesamt 213 MitarbeiterInnen; ab 1992 sind für die als besonders wichtig angesehenen Sicherheitsberatungen acht Beratungsgruppen zu je vier MitarbeiterInnen vorgesehen.

Der Weg von der ZfCh zum BSI wurde auf den letzten Etappen im Parlament noch ein wenig beschwerlich. Nachdem die Umwandlung von ZfCh zu ZSI in aller Ruhe unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, gab es - nicht zuletzt angestoßen durch die Arbeit des FIFF - Kritik an dem zur Errichtung des BSI notwendigen Gesetz. Auf einem Hearing Anfang März wurden dem Bundestagsausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung eine Reihe von Kritikpunkten vorgetragen, die zu Änderungswünschen am BSI-Gesetz führten.

Die Oppositionsfractionen von SPD und GRÜNEN forderten eine Änderung des Gesetzes um das BSI zu einer unabhängigen, dem Bun-

destag zugeordneten Behörde zu machen, in der strikt zwischen zivilen und militärisch-geheimdienstlichen Teilen unterschieden und zusätzlich Technikfolgenforschung betrieben wird. Daneben bestand die Opposition darauf, dem Bundestag jährliche Berichte über die Tätigkeit des BSI zu liefern.

Was im Forschungsausschuß als SPD-Antrag durch die überraschen-

de Enthaltung der CDU/CSU-Fraktion angenommen wurde, wurde im federführenden Innenausschuß zu Fall gebracht. Die einzigen Änderungen am Gesetz sind kosmetischer Natur: dem Trennungsgebot der Verfassung zwischen Polizei und Geheimdiensten wurde durch eine explizite Formulierung Rechnung getragen und die Rechtshilfepflicht des BSI für Verfassungsschutzämter



(Hanspeter Wyss; aus "Die Wahrheit über Computer", Rowohlt Taschenbuch Verlag)



**Rudolf Kitzing, Ursula Linder-Kostka, Fritz Obermaier (Hg.):
Schöne neue
Computerwelt.**

Zur gesellschaftlichen Verantwortung der Informatiker

Beherrschbarkeit von Systemen, ihre Verletzlichkeit und die Verantwortung von Informatikern ■ Neue Wege in der Informatik ■ Psychosoziale Folgen des Computereinsatzes

256 S., Berlin, 1988, 19,80 DM



**J. Bickenbach, R. Keil-Slawik, M. Löwe, R. Wilhelm (Hg.):
Militarisierte Informatik**

Militär und die Geschichte des Computers ■ Informatik-Forschung für moderne Waffensysteme ■ Zur Verantwortung der InformatikerInnen

207 S., Marburg, 1985, 10,- DM

Alle Bücher zu beziehen über das
FIFB-Büro, Reuterstr. 44,
5300 Bonn 1

auf die Bereiche Terrorismus und nachrichtendienstliche Tätigkeit eingeschränkt. Die Wünsche der Opposition nach inhaltlichen Berichten des BSI finden sich nur noch in einem Beschluß des Innenausschusses, der im Februar 1993 einen Bericht über die Erfahrungen der BSI bis zum Dezember 1992 vorsieht.

In der abschließenden, nur dreißig Minuten dauernden Beratung des Gesetzes im Bundestag am 24. Oktober 1990, die mit der Verabschiedung des Gesetzes endete, prallten die Argumente nochmals aufeinander. Die CDU sprach sich vehement gegen Technikfolgenforschung aus, und die FDP verbuchte es als Erfolg, daß dem Wirtschaftsministerium bei der Zertifizierung von Sicherheitsprodukten ein Mitspracherecht eingeräumt wurde.

Neu war lediglich die mit dem "dritten Nachtragshaushalt bestätigte Übernahme von 40 Stasi-Experten des zentralen Chiffriergorgans der ehemaligen DDR in das künftige BSI", wie der GRÜNEN-Abgeordnete Manfred Such erklärte. Mit den Erfahrungen dieser Experten in Kryptologie und Informationssicherheit bei der Stasi und in der Kooperation mit den Bruderländern der ehemaligen DDR kann sich das BSI nun auch in die Offensive begeben.

So arbeiten im BSI ehemalige BND-Mitarbeiter mit ehemaligen Stasi-Mitarbeitern zusammen für BKA, Verfassungsschutz und MAD. Eine ganz spezielle Wiedervereinigung also auch hier. Wie apart - und all das nur für die Computersicherheit ...

FIFB-Kritik gewürdigt

Vor gut einem Jahr hat sich das FIFB an die Öffentlichkeit gewandt, um vor den Mängeln in der Planung des BSI zu warnen. Darüber hinaus wurde natürlich hinter den Kulissen ebenfalls gearbeitet. In der bis dato schläfrigen Fachöffentlichkeit sorgten die von der Computerwoche nachgedruckten Artikel der FIFB Kommunikation für ein Erwachen: Auch Unternehmen erbat von

FIFB-Büro weitere Informationen. Ein Erwachen besonderer Art gab es im Bundesinnenministerium, von dem nach und nach alle vom FIFB über die ZfCh ans Licht der Öffentlichkeit gebrachten Tatsachen bestätigt wurden, angefangen von den Aufgaben der ZfCh als bundesdeutsche NSA, bis hin zu den Verbindungen der ZfCh zum BND.

Die inhaltlichen Kritikpunkte des FIFB

- Trennung der BSI-Arbeit in Militär- und Geheimdienstanteile auf der einen, und zivilen Anteilen auf der anderen Seite,
- stärkere und durch Staatsschutz-Überlegungen unbeeinflusste zivile Forschung,
- eine Kontrolle des BSI durch Parlament und Öffentlichkeit und
- eine ernst gemeinte Technikfolgenabschätzung, die nicht nur die technische, sondern eine gesellschaftlich umfassende Lösung im Auge hat, die auch das Aus für ein risikoreiches Projekt bedeuten kann,

fanden sich sämtlich im Hearing und später dann im Antrag des Forschungs- und Technologie-Ausschusses des Bundestages wieder.

Diese Forderungen des FIFB wurden auch in die Gesellschaft für Informatik (GI) hineingetragen, die anlässlich der Ulmer Tagung des Fachbereichs 8 zum Zukunftskonzept Informationstechnik im Juni eine Stellungnahme herausgab.

Nach der Verabschiedung des BSI-Gesetzes wird sich das FIFB selbstverständlich weiter mit dem BSI beschäftigen. Die Erfahrungen aus den USA geben uns die Hoffnung, daß sich in wenigen Jahren herausstellen wird, daß eine Neuorganisation des Bereichs Sicherheit der Informationstechnik notwendig ist: es dauerte dort nur drei Jahre, bis der Schwesterorganisation der ehemaligen Chiffrierstelle, der NSA, die Kontrolle über zivile Sicherheitsfragen entzogen wurde. Das alte, seit 1987 wieder geänderte Modell der USA wurde nun bei uns übernommen. Wenn die Bundesregierung schon nicht die anderswo gemachten Fehler vermeidet, so

kann sie doch wenigstens aus den kommenden eigenen lernen.

Kooperation problematisch

Der Versuch des BSI, sich aus dem militärisch-geheimdienstlichen Umfeld zu lösen und mit zivilen Fachleuten zusammenzuarbeiten, ist fürs erste beendet. Von einer diskutierten gemeinsamen Veranstaltung des BSI mit der Gesellschaft für Informatik (GI) hat das BSI wieder Abstand genommen. Die GI nimmt sich des Themas lieber selber in einer Arbeitsgruppe an. Begrüßenswert deutlich hat auch Prof. Beth im Informatik Spektrum 4/90 seine auf dem Hearing des Bundestagsausschusses für Forschung, Technik und Technologiefolgenabschätzung gemachten Aussagen und Forderungen nach einer Verstärkung der zivilen Sicherheitsforschung wiederholt. So zieht das BSI 1991 bei der Bonner Sicherheitskonferenz die Kooperation mit der AFCEA, der Armed Forces Communications and Electronics Association - einem aus den USA stammenden Verein zur besseren Kommunikation zwischen Militär und Industrie - vor.

Lauscher im Netz

Seit Anfang Oktober 1990 hat sich die damalige ZSI und das heutige BSI den Slogan "Nutzt die Netze" zu eigen gemacht und sich in die Netze eingeklinkt. Auf dem uucp-Netz, das über Gateways mit anderen nationalen und internationalen Netzen verbunden ist, tauchte eine Mail auf, die von der ZSI offensichtlich als Test abgesetzt wurde - vorausgesetzt natürlich, es hat sich keiner einen kleinen Spaß bei der Manipulation seiner Absenderkennung - etwa á la moskvax.kremvax.chernenko - erlaubt.

Dem BSI mag es ja auch darum gehen, endlich eigene Erfahrungen mit der Vernetzung zu sammeln, um darüber Sicherheitsreports zu schreiben. Wer die Informationen kennt, die über die Netze gehen, muß jedoch vermuten, daß diese Aufmerksamkeit des BSI aber auch andere Ursachen hat. In diesen Netzen wird ganz offen genauso

über Sicherheitslücken berichtet wie über politische Entwicklungen debattiert. Bei dieser Kommunikation liest jetzt eine Bundesbehörde mit, die per Gesetz zur Zusammenarbeit mit Polizei, Verfassungsschutz und MAD verpflichtet ist - dessen sollte sich jedeR, die oder der das Netz benutzt bewußt sein.

Wie bereits in der FIFF KOMMUNIKATION 3/89 berichtet, wurden die Abhörbefugnisse von Polizei und Geheimdiensten durch die Novellierung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (sog. G-10 Gesetz) vom 12. Mai 1989 auf die Überwachung jeglichen Datenverkehrs erweitert. Neu ist, daß die Bundespost jetzt alle MailboxbetreiberInnen als "Betreiber von Fernmeldeanlagen" bewertet. Sie haben sich registrieren zu lassen und Polizei und Geheimdienste bei ihrer Überwachungsarbeit zu unterstützen und müssen dafür sogar Personal bereit halten.

Mit diesen Regelungen und mit Hilfe des BSI scheint der Datenverkehr einer stärkeren Kontrolle unterworfen zu werden, als jede andere Art der Kommunikation. Die Überwachung wird dadurch erleichtert, daß alle Kommunikationsdaten - sowohl die Inhalte als auch die Daten wer mit wem - in digitaler und damit für Überwachungscomputer optimaler Form vorliegen.

Ein offenes Ohr für Sicherheitsfragen hat auch ein neuerdings auf Veranstaltungen zum Thema BSI auftauchender, meistens recht stiller Gast: Hartmut P., beim Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz seit Jahren verantwortlich für Computersicherheit. Über seine Tätigkeit verriet er der Computerwoche (23. März 1990, S. 48-50) allerdings nur, daß er "DV-Sicherheitsberater in Köln" sei. Lieber Hartmut, wir fänden es toll, wenn Du mal Deine Sandalen anziehen und mit uns über Deine Erfahrungen diskutieren könntest.

(Ute Bernhardt und Ingo Ruhmann betreuen gemeinsam die FIFF-Geschäftsstelle in Bonn.)

LESEN?

Informatikerinnen zwischen Anpassung und Einmischung

Christine Roloff: Von der Schmiegsamkeit zur Einmischung: Professionalisierung der Chemikerinnen und Informatikerinnen. Pfaffenweiler, Centaurus-Verlagsgesellschaft, 1989

Dieses Buch stellt eine Untersuchung über die Verhaltensanpassungen von Informatikerinnen und Chemikerinnen während des Einstiegs in eine männlich dominierte Berufswelt vor. Die Autorin geht davon aus, daß ein Studium neben fachlichen Kenntnissen auch soziale Qualifikationen vermittelt. Letztgenannte Komponente eines Studiums wird mit dem Begriff Professionalisierung bezeichnet. Diese wäre umfassend, wenn die Verhaltensweisen der Berufswelt bereits in der Ausbildung angeeignet würden. Die von der Autorin erstellte Studie zeigt jedoch, daß insbesondere Frauen beim Übergang in den Beruf die während des Studiums erworbenen Verhaltensmuster den Anforderungen der Berufswelt anpassen müssen.

Die Dissertation der Autorin wurde im Rahmen des Forschungsprojekts "Studienverlauf und Berufseinstieg von Chemikerinnen und Informatikerinnen" erstellt, das unter der Leitung von Prof. Sigrid Metz-Göckel am Hochschuldidaktischen Zentrum der Universität Dortmund in der Zeit vom 1. Januar 1985 bis zum 30. Juni 1986 durchgeführt wurde.

Da sich die Untersuchung eben mit dem Eindringen von Frauen in "Männerberufe" beschäftigt, steht am Beginn des Buches eine Klärung des Begriffs "Männerberuf". Die

verschiedenen Dimensionen dieses Begriffes ergeben sich aus der Betonung der rein zahlenmäßigen Verteilung, der umgangssprachlich vorhandenen Typisierung von Berufen oder einer historisch gewachsenen Attributierung.

Nach der begrifflichen und methodischen Grundlegung betrachtet Frau Roloff die Qualifizierung-

Universität und Beruf dazu führt, daß eine Einmischung von Frauen in die Professionalisierung von der männlichen Umgebung verhindert wird. Diese Situation ist in der Informatik etwas besser, da dieses Fach vergleichsweise jung ist und eine große Nachfrage nach Arbeitskräften besteht. Die folgenden Thesen zu den Chancen einer

2. Gleiche Zugangsvoraussetzungen und gleiche fachliche Qualifikationen verhindern nicht die aktuelle Reproduktion des ungleichen Geschlechterverhältnisses in den neuen industriellen Expertenberufen der Informationstechnologie, wenn nicht die soziale Differenz der Frauen erkannt und berücksichtigt wird. ..."



(Jan Tomaschoff)

schancen von Frauen in den Bereichen Chemie und Informatik. Sie stellt die historische Entwicklung beider Studiengänge unter anderem unter dem Gesichtspunkt der Zugänglichkeit für Frauen dar und belegt diese Entwicklung und die heutige Situation mit statistischen Angaben. Die Chancen der Professionalisierung stehen im Zentrum der Untersuchungen. Am Beispiel der Chemie wird offensichtlich, daß die im zeitlichen Verlauf sehr wechselhafte Anerkennung von Frauen in

Professionalisierung erhärtet Christine Roloff durch Interviews mit Chemikerinnen und Informatikerinnen.

"1. Die historische Herausbildung der industriellen Führungsberufe als Männerberufe ... bringt ein Defizitkonzept der Frauenbeteiligung zum Tragen, das Frauen die Wahrnehmung formal gleicher Chancen aufgrund ihrer sozialen Lage auch heute erschwert.

Die in den Interviews zur Sprache gebrachten Erfahrungen beziehen sich auf Berufseinstieg, Frau-Sein im Berufsalltag, berufliches Selbstverständnis, Familie und Beruf und Chancen einer Frauenförderung. Mit diesem sehr umfangreichen Material dokumentiert Frau Roloff die verschiedenen, sehr individuellen Strategien der Professionalisierung in einer männerdominierten Berufswelt. Somit erweist sich die Professionalisierung während der Ausbildung als unvollständig und die Auto-

rin zieht den Schluß, daß eine selbstbestimmte Professionalisierung von Frauen und damit die Einmischung in vorgegebene Verhaltensmuster möglich ist.

Chemie und Informatik wurden gewählt, weil sie einerseits ein in hohem Maße durch Männer geprägtes Studien- und Arbeitsumfeld besitzen, andererseits enorme gesellschaftlichen Umwälzungen nach sich ziehen. Um so mehr sind die in dieser Untersuchung erhaltenen Erkenntnisse relevant für eine Einschätzung der erzeugten Technologien, weil diese die in den Fächern herrschenden Leitvorstellungen und Arbeitsweisen widerspiegeln. Trotz der starken Berücksichtigung der Chemie ist dieses Buch auch für InformatikerInnen interessant. So sind in den Berichten der InformatikerInnen viele Beispiele für die "Männlichkeit" ihres Faches enthalten, da diese gerade während der Professionalisierung besonders deutlich wird. Es werden für die LeserInnen viele Verhaltensweisen faßbar, die InformatikstudentInnen während ihres Studiums erwerben, obwohl sie im Alltag nur sporadisch bewußt werden.

Die Untersuchung enthält weiterhin einen methodischen Ansatz für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Studien- und Berufsleben von InformatikerInnen. Dieses sogenannte Differenzkonzept geht davon aus, daß sich aufgrund der verschiedenen sozialen Bedingungen unterschiedliche Einstellungen entwickeln, die als gleichwertig anzusehen sind. Es gibt demzufolge keine defizitären Einstellungen, die sich an herrschende Einstellungen anpassen müßten. Eine Umsetzung dieses Differenzkonzepts zielt auf eine Offenheit von Studium und Beruf, in der die unterschiedlichsten Einstellung nebeneinander gelebt werden können.

(Heiko Dörr)

Argumente zu ISDN

Herbert Kubicek, Peter Berger: Was bringt uns die Telekommunikation? ISDN - 66 kritische Antworten.

Campus-Verlag,
Frankfurt/New York, 1990,
211 S., DM 19,80

1988 erschien im Rahmen des Projektes 'Optionen der Telekommunikationspolitik', das vom nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium gefördert wurde, die sogenannte 'OPTEK-Studie'. Diese Studie setzte sich mit der Telekommunikation im allgemeinen und mit ISDN im besonderen sehr detailliert und gründlich auseinander.

Zwei der damaligen AutorInnen haben jetzt in einem Buch den Versuch unternommen, einen Teil dieser Studie, nämlich die in Band 2 enthaltene Auseinandersetzung mit den Argumenten der ISDN-Befürworter, zu aktualisieren und der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen (die OPTEK-Studie ist schon längst vergriffen).

Herbert Kubicek, Professor für Informatik in Bremen und studierter Betriebswirtschaftler, und Peter Berger, Diplomingenieur und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Informatik der Universität Hamburg, wollen mit ihrem Buch eine öffentliche Diskussion zum Thema ISDN und Telekommunikation einleiten und anregen. In der äußeren Form angelehnt an ein 1975 verfaßtes Buch zur Atomenergie, nehmen sie 66 Behauptungen des Bundespostministeriums und anderer ISDN-Befürworter genauer unter die Lupe und sammeln zu jeder einzelnen Behauptung Gegenargumente.

Die Themenbereiche reichen von den "Gesamtwirtschaftlichen Aspekten" über "Eigenwirtschaftliche Aspekte" und "Gesellschaftspolitische Aspekte" bis zum "bisherigen Planungsverfahren neuer

Netze und Dienste und zur Neuordnung des Fernmeldewesens". In einem einleitenden Kapitel werden die technischen und rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen des Fernmeldewesens kurz vorgestellt. Im 'Ausblick' am Schluß des Buches skizzieren die Verfasser Alternativen und deuten (teilweise sehr konkrete) Vorschläge an, wie eine "sozial orientierte Änderung der Telekommunikationspolitik" herbeigeführt werden könnte ("Ebenso sind Proteste, etwa in der Form der Besetzung des Gebührenrechnungszentrums der DBP in Offenburg oder einzelner Vermittlungsstellen, durchaus denkbar").

Kenntnisreich, wie nicht anders von den Autoren zu erwarten, zerpfücken Kubicek und Berger detailliert die Argumente der ISDN-Protagonisten und untermauern ihre Behauptungen mit vielen Belegen und fundierten Hintergrundinformationen. Wer sich mit ISDN gründlich auseinandersetzen will, wird in dem Buch eine Menge anregenden Materials finden.

Und dennoch - das Buch ist ein eigentümlicher Zwitter, und zwar in zweifacher Hinsicht. Schon der Titel weist auf die inhaltliche Ambivalenz hin (einmal ist die Rede von "Telekommunikation", während der Untertitel die Thematik auf ISDN einschränkt), und auch das Buch selbst kann sich nicht recht entscheiden: manche Argumente beziehen sich auf die Telekommunikation allgemein (oder teilweise gar noch umfassender auf alle Informations- und Kommunikationstechnologien), andere hingegen speziell auf ISDN.

Aber auch in anderer Hinsicht ist das Buch unentschieden. Es will zur öffentlichen Diskussion anregen, viele Argumente erfordern jedoch Vorkenntnisse über ISDN, die in der interessierten Öffentlichkeit außerhalb von "Insider"-Kreisen oft nicht vorausgesetzt werden können. In dem einleitenden Kapitel gibt es zwar einen Abschnitt über die technischen Grundlagen von Telekommunikation und ISDN, aber ich bezweifle, daß dies für jemanden ohne Vorkenntnisse ausreichend ist, um alle Argumente verstehen und

sich wirklich selbständig mit ISDN auseinandersetzen zu können.

Für wen wurde also dieses Buch geschrieben? Wer sich einen Überblick über die Probleme von ISDN oder gar der Telekommunikation verschaffen will, wird enttäuscht sein; es wird - für den "Anfänger" - zu viel Wissen vorausgesetzt, andererseits ist das Buch für den, der sich umfassend mit der Materie auseinandersetzen will, nicht detailliert genug und 'klebt' zu sehr an den Argumenten der ISDN-Befürworter.

Ich weiß nicht, ob dieses Buch zum jetzigen Zeitpunkt wirklich erforderlich ist. M.E. wäre z.B. eine Neuauflage des 'Mikropolis'-Buches von Kubicek/Rolf, das 1986 erschien, viel dringlicher und hilfreicher: diese 'Bibel' der TelekommunikationskritikerInnen ist längst vergriffen und verständlicherweise auch nicht mehr auf dem neuesten Stand. Eine solche gründlich überarbeitete (und z.B. um die Mobilfunk-Problematik ergänzte) Neuauflage könnte ein wirkliches 'Handbuch' auch für ISDN-KritikerInnen darstellen. Das vorliegende Buch ist dazu nicht geeignet.

Abgesehen von diesen inhaltlichen Mängeln finde ich das Buch auch von der mehr formalen Seite her nicht sehr gelungen. Es gibt eine Reihe von Druckfehlern und kleineren Ungenauigkeiten bzw. Fehlern, die ein sorgfältigerer Lektor hätte ausmerzen können, und die typographische Gestaltung des Textes ist nicht 'fair': die Argumente der ISDN-Befürworter sind sehr viel kleiner gedruckt als die Entgegnungen von Kubicek/Berger. Im Unterschied zur OPTEK-Studie fehlt im Inhaltsverzeichnis auch eine Übersicht über alle Argumente, die die praktische Arbeit mit dem Buch sehr erleichtern würde.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf ein anderes, jetzt erschienenen wichtiges Buch zum Thema ISDN hinweisen. Es handelt sich um

Andreas Pfitzmann: 'Dienstintegrierende Kommunikationsnetze mit teilnehmerüberprüfbarem Datenschutz', Springer-Verlag, Berlin, 1990, 343 Seiten, (Informatik-Fachberichte Nr. 234)

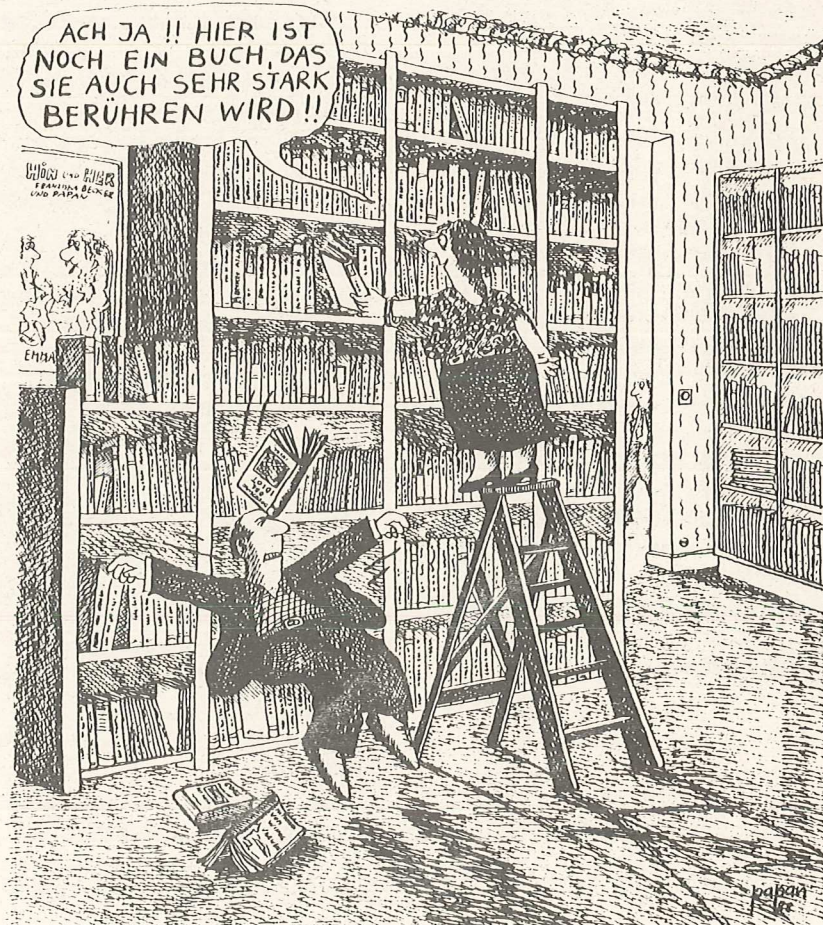
Pfitzmann, Informatiker an der Universität Karlsruhe, ist den ISDN-KritikerInnen seit Jahren bekannt durch seine Aufsätze über technische Möglichkeiten, in ISDN-ähnlichen Netzen den Datenschutz zu gewährleisten. Dieses Buch stellt nun seine 1988 vorgelegte Dissertation dar.

Mein erster Eindruck ist, ohne einer späteren Rezension vorzugreifen, daß Pfitzmann mit seiner Dissertation ein sehr gründliches, grundlegendes und in Wortsinne 'diskussionswürdiges' Buch zu ISDN veröffentlicht hat, mit dem sich - trotz der technisch schwierigen Thematik - die ISDN-KritikerInnen-Szene ausführlich auseinandersetzen sollte. (Hans Rupp)

Endlich: I&G-Bibliographie

Ute Bernhardt: Informatik und Gesellschaft. Eine Auswahlbibliographie, 26 S., Bonn 1990. ISBN: 3980246819

Zu allem und jedem gibt es Bibliographien, aber zu Informatik und Gesellschaft? Dabei ist es dort oft nicht ganz einfach, Literatur zu finden, vor allem, wenn man/frau einen Einstieg sucht. Diesen Einstieg ermöglicht die Auswahlbibliographie von Ute Bernhardt, die über 200 aktuelle Bücher und Artikel zu den Themen Informatik und Arbeitswelt, Staat und Militär, Neuen Medien und Infrastrukturen, Gesellschaftliche und Kulturelle Folgen, "Künstliche Intelligenz", sowie allgemeine Übersichten zu



philosophischen und gesellschaftlichen Grundsatzfragen zusammengetragen und gruppiert hat. Die Bibliographie ist zum Preis von DM 3,- zzgl. Versand DM 0,60 im FIFF-Büro zu bestellen (*Anschrift siehe ADRESSEN*).

Telefon-Verdatung

Knud Bach, Ulrike Erb und Herbert Kubicek: "Die Verdatung des Telefonverkehrs". 2., völlig überarbeitete Auflage, IKÖ, Dortmund 1990.

In überarbeiteter Neuauflage liegt die **Dokumentation zur IKÖ Aktion "Nach der Volkszählung die Kommunikationszählung"** vor. Mit Zeitungsartikeln, Ausschnitten aus Datenschutzfähigkeitsberichten, Bundestagsdrucksachen, Gesetzestexten, einschlägigen Fachartikeln, den Briefwechseln mit dem Bundespostminister und ausführlichen Erläuterungen werden in dieser Dokumentation zum einen die datenschutzrechtlichen Auseinandersetzungen um die Speicherung von Verbindungsdaten im Fernsprechnetz seit 1980 und die aktuellen Protestaktionen dokumentiert. Zum anderen werden die technischen und rechtlichen Entwicklungen der Telefondatenerfassung sowie die in die Diskussion gebrachte Kritik und mögliche Alternativen dargestellt.

Die Dokumentation kann für DM 13,- (inkl. DM 3,- Porto und Verpackung) bestellt werden beim:

Institut
für Informationsökologie (IKÖ)
Balkenstraße 17-19
46 Dortmund

... gegen Computernetze

Die "Initiativen gegen die Computerisierung der Gesellschaft" haben inzwischen drei "Aktionsseminare" durchgeführt (das vierte ist für Juni nächsten Jahres geplant, siehe TERMINE), auf denen Themen wie ISDN, Computervernetzung, Sozialversicherungsausweis, etc. angesprochen wurden. Die Protokolle dieser Aktionsseminare können bei der

TelekommunikAKTION
c/o Contraste
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg

gegen Verrechnungsscheck bestellt werden:

- Protokoll des 1. Aktionsseminars: ISDN - die Post zwingt alle ins Computernetz - gibt es Perspektiven für einen Widerstand. Heidelberg, April 1989, 10 Seiten (kostenlos bzw. gegen Spende).
- Protokoll des 2. Aktionsseminars: Computernetze: Flurbereinigung der Sinne und Modernisierung der Herrschaft - gefragt sind Phantasie und Widerstand. Darmstadt, Oktober 1989, 23 Seiten (kostenlos bzw. gegen Spende).
- Protokoll des 3. Aktionsseminars ("Stille Post" Nr. 2): Soziale Vernetzung gegen Computervernetzung. Heidelberg, Juni/Juli 90 (5 DM)

Bei der oben genannten Adresse kann auch die Broschüre

ISDN - die Post zwingt alle ins Computernetz. Zweite, völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Juni 90, 57 Seiten (6.50 DM; ab 5 Exemplaren: 5.50 DM)

bezogen werden und Information über den Bezug der "Stillen Post", des Rundbriefs der "Initiativen gegen die Computerisierung der Gesellschaft", angefordert werden.

Informatik - mal kritisch

Gero von Randow (Hrsg.): Das kritische Computerbuch. Dortmund, 1990, 268 S., ISBN 3-89425-000-3

Zu Informatik-Themen werden eine Unmenge von Büchern produziert. Daneben nehmen kritische Analysen zu Informatik und Gesellschaft nur geringen Platz ein. Wer über die FIFF-Jahrestagungsreader hinaus in einem Buch die aktuellen Themen finden will, dem bzw. der sei von Randows kritisches Computerbuch empfohlen. Von ISDN über Computerrisiken, KI und Expertensysteme, die neue Fabrik, Frauen und Computer bis zu Simulation und Modellierung wurden hier aktuelle Beiträge von namhaften KritikerInnen zu einem lesenswerten Einstieg zusammengetragen.

Was das Buch aber auch für all jene, die sich schon länger mit Informatik und Gesellschaft befassen, spannend macht, ist die Diskussion über Rolle, Sinn und Verständnis der Informatik selbst. Besonders eingehen möchten wir hier auf Glen Pates Aufsatz "Arbeitsorientierte Informatik contra Computer Science", der in die Debatte um die Frage, was es mit der Informatik als Wissenschaft auf sich hat und wie ihre Theorie aussehen müßte, eingreift. Pate stellt - im Gegensatz zu vielen anderen - die "militärische Verseuchung" der Informatik dar. Er kritisiert die falsche Vereinnahmung von Philosophen durch die Informatik und - schlimmer noch - die Übernahme von Begriffen aus anderen Wissenschaften durch sie, ohne deren Bedeutungen und Kontext im geringsten zu beachten. Chomskys Ergebnisse in der Linguistik wurden von der Computerlinguistik erfolgreich genauso mißachtet, wie die für die Informatik insgesamt interessanten Philosophen Wittgenstein und Peirce.

Daß auch die KritikerInnen der Informatik nicht allzusehr auf die Ergebnisse anderer Wissenschaften eingehen, belegt er am vieldiskutierten Buch "Erkenntnis Maschinen Verstehen" von Winograd und Flores, dessen lesenswertester Teil das Nachwort von Wolfgang Coy ist, und das Pate all denjenigen InformatikerInnen empfiehlt, "die keinen besseren Zugang zur dort vermittelten Einsicht haben, daß der Mensch eben keine Maschine ist". Während von Seiten der Philosophie die Heidegger-Rezeption durch die KI oftmals nur zu belächeln ist, betont Pate die auch bei Winograd und Flores zu kritisierende Geschmacklosigkeit der Kombination von Biologie und Heidegger, der nationalsozialistischem Gedankengut gegenüber sehr früh sehr aufgeschlossen war.

Für die Neuorientierung der Informatik schlägt Pate eine Integration des viel zuwenig beachteten Ansatzes der Oslo-Aarhus-Schule, der arbeitsorientierten Gestaltung von Computerartefakten, mit dem der Kopenhagener Schule um Peter Naur, der Reflektion der Grundlagen der Tätigkeit von InformatikerInnen, vor. Für diese Sicht des Computers als begrenztes Werkzeug des Menschen greift Pate dabei auf die von Descartes begründete Modellbildung und die Einsicht in deren Grenzen zurück. Auch hier wird noch einmal deutlich, wie sehr es InformatikerInnen oftmals an Kenntnissen anderer Wissenschaften fehlt: Sie sollten ebenso wie die KritikerInnen des cartesianischen Weltbildes Descartes erst einmal gründlich studieren, denn bei seinen "Regeln zur Ausrichtung der Erkenntniskraft" werden offenbar Descartes' eigene Erläuterungen überlesen. Abschließend schränkt Pate seinen Ansatz allerdings ein: "Menschen, die ihr Selbstverständnis partout aus den Eigenarten des Computers herleiten wollen, hat die arbeitsorientierte Informatik nichts zu bieten".

CS-Förderung in den USA

Im **Informatik Spektrum** Band 13, Hefte 2, 3 und 4, 1990 erschien ein Aufsatz, der die aktuellen Trends der staatlichen Computer Science (CS) Förderung in den USA beleuchtet:

Im 1. Abschnitt wird der Entwicklungsstand der akademischen Computer Science, des Hauptempfängers staatlicher Forschungsförderung, skizziert.

Im 2. Abschnitt wird zunächst die CS-Förderung im Hinblick auf die gesamte Forschungs- und Entwicklungs- (F&E) Szene in den USA kurz eingeordnet. Bei der ausführlichen Darstellung der staatlichen CS-Förderung wird sodann zwischen "militärischer" und "ziviler" Förderung unterschieden.

Im 3. Abschnitt wird die Entwicklung des Themas "Supercomputing" nachgezeichnet und die Initiativen für eine verstärkte Forschungsförderung im Detail dargestellt.

Abschließend erfolgt eine Rückbindung der aufgezeigten Trends in die allgemeine technologiepolitische Diskussion in den USA.

Der Aufsatz stützt sich im wesentlichen auf einen Summary Report einer Studie "A field in Transition" von Joel S. Yudken und Barbara Simons, deren Veröffentlichung schon lange angekündigt ist. Die Kontaktadresse der Autoren ist:

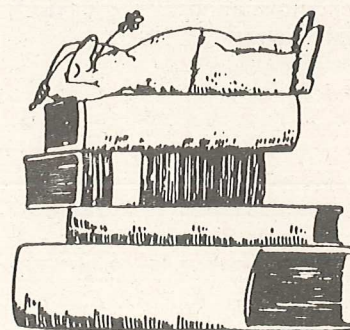
Funding Policy in Computer
Science
P.O. Box 9896
Stanford
CA 94309-0210

Aufbruch Umbruch Abbruch

Lutz Köllner, Burkhardt J. Huck (Hg.): Abrüstung und Konversion. Reihe des Instituts für Medienforschung und Urbanistik (IMU), München, 1990. 734 S., 78 DM, ISBN 3-593-342839

Behandelt werden der Stand der Konversionsforschung, die politischen Rahmenbedingungen, die wirtschaftstheoretischen und empirischen sowie wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Aspekte von Konversion in der Bundesrepublik Deutschland. Daneben werden die wachsende Bedeutung von Abrüstung und Konversion für betroffene Unternehmen und beteiligte Regionen und die spezifischen Konversionsprobleme im Zusammenhang westeuropäischer Forschungs- und Entwicklungsprogramme genau untersucht.

Für die kommende Ausgabe der **FIFF KOMMUNIKATION** ist eine ausführliche Darstellung der Inhalte dieses Buchs geplant, da viele der untersuchten Bereiche leider eine nicht zu unterschätzende Relevanz durch die Anwendung von Informationstechnik besitzen.





ÜBERALL

Bonn

Die Regionalgruppe hat eine Arbeitsgruppe für die Tagung des Fachbereiches 8 der GI vorbereitet und durchgeführt. Sie war an dem Film "Die elektronischen Eierköpfe" beteiligt und erhielt daraufhin einige Anfragen.

Berlin

Jan Grabowski und Irina Piens haben in Ost-Berlin eine Regionalgruppe ins Leben gerufen. Hauptproblem dort ist die Arbeitssituation der Beschäftigten an der Akademie der Wissenschaften, die von Stellenstreichungen bedroht sind.

Hubert Biskup und Michaela Reisin bemühen sich, die alte (West-) Berliner Regionalgruppe zu reaktivieren (*mehr aus Berlin im Artikel "Neues aus Berlin" unter AKTUELL*).

Bremen

In Bremen finden monatliche Treffen statt. Die Themen der letzten Treffen: Zukunftskonzept, Rüstungskonversion, Frauen wurden auch in die Öffentlichkeit getragen.

Karlsruhe:

Die Gruppe befindet sich in einer "Konsolidierungsphase" (siehe dazu auch den Artikel "Anleitung gegen den Frust" unter AKTUELL).

Freiburg

Hier ist eine neue Regionalgruppe entstanden.

Konstanz:

In Konstanz gibt es jetzt einen FIFF-Stammtisch.

Haben Sie einen



Nein ?

Ab 1. Juli 91 müssen Sie einen haben !

Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger- Innen, Kranke und BezieherInnen von Übergangs- oder Unterhaltsgeld werden einer neuen Überwachungsmaßnahme unterstellt.

Wie die Überwachung funktionieren soll, welche sozialpolitischen Ziele damit verfolgt werden können Sie in einer Broschüre des Instituts für Informations- und Kommunikationsökologie lesen.

Zu bestellen bei :

IKÖ

oder

Arbeitsgemeinschaft der
Sozialhilfeinitiativen
Moselstr. 25,
6000 Frankfurt 1

Balkenstr. 17-19,
4600 Dortmund 1
Kto: PGiro Hamburg
Kto-Nr. 65180-205

Senden Sie bitte mit der Bestellung einen mit 1,40 DM frankierten DIN-A-5-Umschlag - beschriftet mit "Drucksache" und Ihrer Anschrift - sowie pro Broschüre 3,- DM (Arbeitslose, Studenten 2,- DM) in Briefmarken, Papiergeld oder Kopie des Einzahlungsscheins der Bank mit.

Hamburg

Die Regionalgruppe führte zwei Treffen zu den Themen "Zufrieden bin ich nicht" und "Karriereplanung" durch, die gut besucht waren und zu reger Diskussion Anlaß gaben.

München

In München wird ein hoher Aufwand getrieben, um zu den monatlichen Treffen einzuladen und FIFF bekannter zu machen. Gelegentlich wird in der Süddeutschen Zeitung über das FIFF berichtet oder im Bayerischen Rundfunk. Aufgrund der nicht dem Aufwand entsprechenden Beteiligung an den monatlichen Plenen fragen sich die Münchner, ob sie vielleicht nicht die richtigen Themen anbieten.

Während des Landtags-Wahlkampfes wurde eine Podiumsveranstaltung über Rüstungskonversion durchgeführt.

Die lokale AG Datenschutz bereitet ein Datenschutz-Scheckheft vor, das Karten enthält, mit denen Auskunft über Daten eingeholt, Berichtigungen, Sperrungen, Löschungen etc. eingeleitet werden können.

ISDN-AK

Der AK ISDN hat seine Arbeit eingestellt.

AK RUIN

Der AK RUIN hat als derzeitigen Arbeitsschwerpunkt das Buchprojekt (siehe FIFF KOMMUNIKATION 4/90, Seite 16). Der Rücklauf an Themen und Material ist gut.

TERMINE

In dieser Rubrik ist jede Menge Platz für Termine von Veranstaltungen, die für LeserInnen der FIFF KOMMUNIKATION interessant sein könnten. Hinweise auf Veranstaltungen bitte an die Redaktion senden (*Anschrift siehe IMPRESSUM*).

15. Januar 1991, 18 Uhr, Stuttgart, "IKÖ und FIFF - zwei Institutionen stellen sich vor", Fachhochschule für Bibliothekswesen, Hörsaal 112, Wolframstraße 32 (eine Veranstaltung des Arbeitskreises für Information (AKI), Stuttgart)
Kontakt: Karl-Heinz Dietz, Tel. (07171) 66052 (Anmeldung bis 8. Januar 1991 erforderlich)

26. Januar 1991, Bonn, Arbeitstreffen des AK RUIN im FIFF, 10 Uhr 30, FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstraße 44
Kontakt: FIFF-Geschäftsstelle, Bonn (siehe ADRESSEN)

23. Februar 1991, Bonn, FIFF-Vorstands- und Beiratssitzung, 10 Uhr 30, FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstraße 44
Kontakt: FIFF-Geschäftsstelle, Bonn (siehe ADRESSEN)

24. Februar 1991, Essen, Treffen der Fachgruppe "Frauen und Technik" des IKÖ
Kontakt: Lisa Glagow-Schicha, Barkanstraße 17-19, 4600 Dortmund, Tel. (0231) 5778046

Ähnlich wie das Öko-Institut in der Umweltbewegung versteht sich das IKÖ als ein Institut, das sich kritisch mit den Folgen der Informations- und Kommunikationstechniken auseinandersetzt. Die Arbeit wird durch verschiedene Fachgruppen organisiert.

Das Ziel der Fachgruppe "Frauen und Technik" ist es, eine feministische, handlungsorientierte Technikkritik zu erarbeiten. Langfristig sollen realisierbare Alternativen zur gegenwärtigen Technik entwickelt werden.

Die Gruppe befaßt sich unter anderem mit

- Auswirkungen der Neuen Technologien auf Frauen am Arbeitsplatz und im Haushalt

- Geschlechtsspezifische Zugangsweisen zu Technik
- Frauenspezifischer Umgang mit Technik

Zu dem Treffen sind alle InteressentInnen herzlich eingeladen.

Juni 1991 (voraussichtlich), 4. Aktionsseminar der "Initiativen gegen die Computerisierung der Gesellschaft"

Kontakt: TelekommunikAKTION, c/o Contraste, Postfach 104520, 6900 Heidelberg 1

21. September 1991, Bonn, FIFF-Vorstands- und Beiratssitzung, 10 Uhr 30, FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstraße 44

Kontakt: FIFF-Geschäftsstelle, Bonn (siehe ADRESSEN)

14. bis 18. Oktober 1991, Darmstadt, 21. Jahrestagung der Gesellschaft für Informatik "Telekommunikation und multimediale Anwendungen der Informatik"

Kontakt: Prof. Dr. Henhapl, TH Darmstadt, FG Praktische Informatik, Alexanderstraße 10, 6100 Darmstadt, Kennwort "GI '91"

29. November bis 1. Dezember 1991, Berlin, Internationale Tagung der Naturwissenschaftler-Initiative und des FIFF (zugleich FIFF Jahrestagung 1991) an der TU Berlin "Challenges - Science and Peace in a rapidly changing environment"
Kontakt: Hubert Biskup und Irina Piens, Berlin (siehe ADRESSEN)

VIELZWECK-SCHNIPSEL



Die/Der bin ich:

Name: _____ Straße: _____
 Wohnort: _____ Mitgliedsnummer (falls bekannt): _____
 Telefon (Angabe nur wenn erwünscht, privat): _____ (Arbeit): _____

Das möchte ich:

- ☐ Ich möchte ☐ aktives bzw. ☐ förderndes Mitglied des FIFF werden
 (Mindestbetrag ist für Verdienende 60.-- DM, für Studierende 15.-- DM pro Jahr)
☐ Ich möchte, ohne FIFF-Mitglied zu sein, die FIFF KOMMUNIKATION für 15.-- DM/Jahr abonnieren
☐ Ich überweise _____ DM auf Konto 48000798 der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000)
☐ Einzugsermächtigung (siehe unten) ist ausgefüllt

☐ Ich möchte meine neue/korrigierte Anschrift mitteilen (siehe oben). Meine alte/falsche Anschrift:
 Straße: _____ Wohnort: _____

- ☐ Ich möchte FIFF etwas spenden
☐ Verrechnungsscheck über _____ DM liegt bei
☐ Spendenquittung am Ende des Kalenderjahres erbeten

☐ Ich möchte mehr über FIFF wissen, bitte schickt mir _____

☐ Ich möchte gegen Rechnung zuzüglich Portokosten bestellen:

- ☐ Ich möchte FIFF informieren über einen Artikel/ein Buch
☐ Zitat (siehe unten)
☐ Kopie liegt bei

- ☐ Ich möchte zur FIFF KOMMUNIKATION beitragen mit
☐ einem Manuskript zur Veröffentlichung (liegt bei)
☐ einer Anregung (siehe unten)
- _____
- _____
- _____

☐ Ich möchte einen richtigen Brief schreiben. Der VIELZWECK-SCHNIPSEL ist nichts für mich!

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich das FIFF e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag durch Lastschrift einzuziehen.

Jahresbeitrag: _____ DM, erstmals: _____ Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

Geldinstitut: _____ Wenn das Konto keine

Deckung aufweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstitutes, die Lastschrift auszuführen

Name: _____ Straße: _____

Wohnort: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

(Wir werden Ihre Daten nur für Zwecke des FIFF verarbeiten und keinem Dritten zugänglich machen.)



IMPRESSUM

Die **FIFF KOMMUNIKATION** ist das Mitteilungsblatt des **Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF)**.

Die Beiträge sollen die Diskussion unter Fachleuten anregen und die interessierte Öffentlichkeit informieren.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die jeweilige AutorInnen-Meinung wieder.

Nachdruckgenehmigung wird nach Rücksprache mit der Redaktion in der Regel gerne erteilt. Voraussetzung hierfür ist die Quellenangabe und die Zusendung von zwei Belegexemplaren.

Heftpreis: 3.-- DM. Der Bezugspreis für die **FIFF KOMMUNIKATION** ist für FIFF-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die **FIFF KOMMUNIKATION** für 15.-- DM/Jahr (inkl. Versand) abonnieren.

Erscheinungsweise: einmal vierteljährlich

Erscheinungsort: Bonn

Auflage: 2000

Herausgeber: Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF)

Verlagsadresse: FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 219548

Druck: PR-Druck und Verlag, Kölnstraße 292, 5300 Bonn 1

ISSN 0938-3476

Redaktionsadresse: Christine Fischer, Solalindenstraße 108, 8000 München 82 (e-mail: hellmut@guud.de)

Redaktions-Team für FIFF KOMMUNIKATION 1/91: Ute Bernhardt, Christine Fischer, Friedemann Gerster-Streit, Peter Kaiser, Uli Kick, Fritz Obermaier, Ingo Ruhmann, Winfried Seidel, Hellmut Weber (verantwortlich)

Postvertriebsstücke werden von der Post auch auf Antrag nicht nachgesendet, daher bitten wir alle Mitglieder und Abonnenten, jede **Adressänderung** rechtzeitig bekannt zu geben.

Redaktionsschluß für FIFF KOMMUNIKATION 2/91: 1. Februar 1991 (Leserbriefe und Kurznachrichten der Regionalgruppen und AKs: 15. Februar 1991).

Was will das FIFF?

Im **Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF)** e.V. haben sich InformatikerInnen zusammengeschlossen, die sich nicht nur für die technischen Aspekte, sondern auch für die gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Fachgebietes verantwortlich fühlen und entsprechende Arbeit leisten wollen:

Erarbeiten einer Geschichte der Informatik, in welcher der entscheidende Einfluß militärischer Ziele für die bisherige Entwicklung der Informatik nicht verschwiegen wird.

Zusammentragen von Wissen über die Wirkung der Informationstechnik auf Gesellschaft und Umwelt, Diskutieren dieses Materials in der Öffentlichkeit.

Suchen nach Möglichkeiten für einen sozialverträglichen Einsatz von Datenverarbeitungs-Anlagen und -Anwendungen; Entwickeln und Erproben einer auf Menschen hin orientierten Informationstechnik.

Schärfen des Verantwortungsbewußtseins von FachkollegInnen; Beitragen zur Verbreitung einer Berufsethik, die den Menschen auch in der Arbeit im Mittelpunkt sieht und es daher nicht zuläßt, die eigenen Kenntnisse für menschenfeindliche Zwecke einzusetzen.

Eintreten in der Öffentlichkeit für einen friedlichen, gesellschaftlich nützlichen Einsatz der Informationstechnik.

Zusammenarbeiten mit vergleichbaren Organisationen in anderen Ländern (Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR) in USA).

Im FIFF sind gleichberechtigt und gleichgewichtig Studierende, WissenschaftlerInnen und im Berufsleben stehende InformatikerInnen organisiert. Sie fordern alle in der Informationstechnik Arbeitenden auf, sich ebenfalls mit dem gesellschaftlichen Umfeld, insbesondere den betrieblichen Voraussetzungen und den sozialen Auswirkungen ihrer Arbeit zu beschäftigen.

Der FIFF-Vorstand

Dr. Hellmut Weber
(Vorsitzender)
Degenfeldstraße 2
8000 München 40

Helga Genrich
(Stellvertr. Vorsitzende)
Im Spicher Garten 3
5330 Königswinter 21

Hubert Biskup
Hindenburgdamm 65e
1000 Berlin 45

Pia Grund
Jakobsgasse 18
7400 Tübingen

Ralf Klischewski
Goldbachstraße 2
2000 Hamburg 50

Gila Reckert
Fuldastraße 22
4600 Dortmund 41

Jürgen D. Schroer
Am Bergl 2
8031 Seefeld-Meiling

Gerhard Wohland
Hohenlehenstraße 18
7408 Wankheim

Beiträge

Die **FIFF KOMMUNIKATION** lebt von der aktiven Mitarbeit ihrer LeserInnen. Interessante Artikel, am besten zusammen mit geeigneten Fotos, Zeichnungen, oder Comics zur Illustration sind herzlich willkommen. Die Bearbeitung wird erleichtert, wenn die Beiträge auf Disketten (MS-DOS, nach Möglichkeit ASCII-Format *ohne* Silbentrennung) und zusätzlich auf Papier der Redaktion zugehen. Eine Electronic Mail Adresse ist vorhanden (siehe weiter oben).

ADRESSEN

Das FIFF bemüht sich, den Mitgliedern die Möglichkeit zu regionalen Kontakten und zur Gründung von Initiativen zu geben. Folgende Kontaktadressen wurden uns bisher gemeldet, weitere werden hoffentlich folgen (vorzugsweise mit Telefonnummer).

Regionale Kontaktadressen

Irina Piens
Humboldt-Universität
Sektion Informatik
Postfach 1297
O-1086 Berlin
Tel.: (02) 2093-2355
(Vorwahl für PLZ-Gebiete
W-: 00372)

Hubert Biskup
Hindenburgdamm 65e
W-1000 Berlin 45
Tel. (030) 314-25471

Simone Pribbenow
und Peter Berger
Fachbereich Informatik
Bodenstedtstraße 16
W-2000 Hamburg 50
Tel. (040) 4123-6115
bzw. -5665

Hans-Otto Kühl
c/o Schlesweg AG
Kieler Straße 19
W-2370 Rendsburg
Tel. (04331) 201-2187

Karin Vosseberg
Universität Bremen
Fachbereich Informatik
Postfach 330440
W-2800 Bremen 33
Tel. (0421) 218-2280

Fachschaft Informatik
Carl-von-Ossietzky-
Universität
Ammerländer Heerstraße
W-2900 Oldenburg

Werner Ahrens
Hohe Geest 120
W-4400 Münster
Tel. (02051) 3054 (p)
(0251) 491-429 (d)

Manfred Keul
Landsbergstraße 16
W-5000 Köln
Tel. (0221) 317911

Manfred Domke
Ölbergstraße 94a
W-5330 Königswinter

Michael Möhring
EWH Koblenz
Rheinau 3-4
W-5400 Koblenz
Tel. (0261) 9119-0 (Verm.)

Ingo Fischer
Dahlmannstraße 31
W-6000 Frankfurt/Main 60

Hans Rupp
Friedrich-Merz-Straße 32
W-6101 Groß-Bieberau
(bei Darmstadt)
Tel. (06166) 8039

Paul-Thomas Kandzia
Lothringer Dell 72
W-6750 Kaiserslautern
Tel. (0631) 70645

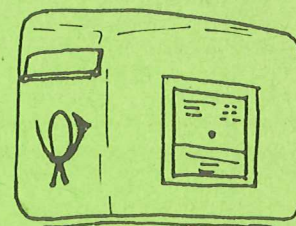
Karsten Hofmann
Gorch-Fock-Straße 1
W-7000 Stuttgart 75
Tel. (0711) 472626

Gerhard Jordan
Rüppurrer Straße 35
W-7500 Karlsruhe 1
Tel. (0721) 379150
e-mail: gjordan@hpwad.
wad.hp.com

Thomas Freytag
Am Briel 48
W-7750 Konstanz
Tel. (07531) 50367

Claus Matzke
Badenweilerstraße 18
W-7800 Freiburg im Breisgau
Tel. (0761) 471556

Timm H. Klotz
Franz-Wiedemeier-Str. 108
W-7900 Ulm
Tel. (0731) 385657



Bernd Rendenbach
Grünwalderstraße 145a
W-8000 München 90
Tel. (089) 6422119

Prof. Dr. Horst Müller
Inst. f. math. Maschinen und
DV der Universität
Erlangen-Nürnberg
Martensstraße 3
W-8520 Erlangen

Theo Ungerer
Wellenburger Straße 69
W-8900 Augsburg
Tel. (0821) 94501 (p)
(0821) 598-2176 (d)

Kontaktadressen der überregionalen Arbeitskreise

AK RUIN "Rüstung und Informatik"

Helga Genrich (vorläufig)
Im Spicher Garten 3
W-5330 Königswinter 21
Tel. (02244) 3264

AK "FIFF in Europa"

Dagmar Boedicker
Daiserstraße 45
W-8000 München 70
Tel. (089) 7256547

FIFF-Geschäftsstelle

FIFF-Geschäftsstelle
Reuterstraße 44
W-5300 Bonn 1
Tel. (0228) 219548.
(e-mail an das Büro bitte über
Helga Genrich: hgen@gmdzi.uucp)

Das Büro ist dienstags von 14 bis 19 Uhr und donnerstags von 16 bis 19 Uhr besetzt. Der Geldverkehr läuft über das Konto 48000798 der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000).

SCHLUSS- P

Zynismen unserer Zeit

oder: wie Ergonomie-Probleme auch gelöst werden können

KURZ-ENTSPANNUNGS-TRAINING

Immer mehr "Bildschirmarbeiter" klagen über Augen- und Rückenprobleme und Kopfschmerzen. Dieses Kurz-Entspannungs-Training (pro Seite 10 Min.) kann helfen, diese Probleme in den Griff zu bekommen und ist zugleich eine wichtige vorbeugende Maßnahme. Die Seite A ist speziell bei Augen und Kopfschmerzen anzuwenden. Die B-Seite wendet sich an alle, die bei der Bildschirmarbeit unter Rückenverspannung leiden. Ab und zu 10 Min. Pause machen und ganz gezielt Augen und Rücken entspannen lohnt sich auf lange Sicht bestimmt.

So preist eine Münchner Verlags und Vertriebsges.m.b.H. ihre Kassetten an. (DM 22,80, bei Abnahme einer größeren Stückzahl werden sogar Sonderkonditionen offeriert)

Vielleicht wäre eine Videokassette noch besser, mit einem speziellen Augentrainingsgrafikprogramm und einer Anleitung zu einem entspannenden Fingertraining durch lockere Tastenanschläge in möglichst natürlicher Reihenfolge, selbstverständlich ebenfalls "mit Musikuntermalung".

Solche Kassetten machen kostspieligere Maßnahmen zur Verminderung der Belastung durch bessere Bildschirme und Tastaturen, eine bessere Sitzhaltung oder durch altmodische Maßnahmen wie längere Pausen und Spazierengehen im Handumdrehen überflüssig.

Weitere konstruktive Ideen geben wir gerne an die uns bekannte Gesellschaft weiter.

